

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Kitzinghaus, Berlin.
Telefon: Amt Berlin 4196/4198



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Dönhofsplatz 6
Telefon: Opernhaus

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruck bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Schriftleitung für beide Zeilen in Berlin.

Berlin, den 27. Juli 1932.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Otto Braun an von Papen.

Ein offener Brief an den Urheber der Aktion gegen Preussen.

SPD. Herr Reichskanzler!

Da ich auf mein Schreiben vom 22. d. Mts. bisher ohne Antwort geblieben bin, woraus ich wohl entnehmen muss, dass Sie mir nicht Gelegenheit geben wollen, Ihnen im Rundfunk zu erwidern, sehe ich mich genötigt, Ihnen auf Ihre Rundfunkrede öffentlich durch die Presse zu antworten:

Die Gründe Ihres in der Verfassungsgeschichte konstitutionell regierter Bundesstaaten ohne Beispiel dastehenden Vorgehens haben Sie gemäss brieflicher Mitteilung an mich in Ihrer Rundfunkrede am 20. Juli dargelegt. In dieser Rede erheben Sie gegen die preussische Staatsregierung schwerwiegende Beschuldigungen, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Ich bin der Ansicht, dass ein leitender Staatsmann, noch dazu in dieser Situation, nicht verdächtigen dürfte, sondern sachlich begründen musste. Keine Ihrer Behauptungen ist in einer Form vorgebracht, die eine sachliche Nachprüfung möglich macht.

Es ist Ihnen daher auch nicht gelungen, nachzuweisen, dass die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 48 der R.V. gegen die preussische Staatsregierung gegeben waren. Denn diese Voraussetzungen - Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung, deren die Staatsregierung aus eigener Kraft nicht hätte Herr werden können oder wollen, oder ein anderer gefährbringender Notstand - waren einfach nicht vorhanden und können auch mit Gewalt nicht konstruiert werden.

Es ist unrichtig, dass, wie Sie sagten "die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preussen einer Reihe von massgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen habe, alle erforderlichen Massnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der kommunistischen Partei zu treffen". Die preussische Staatsregierung, die noch wenige Tage vor den Landtagswahlen polizeiliche Haussuchungen bei der kommunistischen Partei hatte vornehmen lassen, weil der Verdacht gesetzwidriger Handlungen vorlag, ist jeder staatsfeindlichen gegen die Gesetze verstossenden Betätigung der links- und rechtsradikalen Parteien mit gleichen Mitteln auf das Schärfste entgegen getreten. Mehr als ein deutscher Reichskanzler hat im Verlaufe meiner 12jährigen Ministerpräsidentschaft der Staatsregierung und mir den Dank dafür ausgesprochen, dass die ruhige und stetige Arbeit der preussischen Staatsregierung und ihr musterhaft funktionierender Polizeiapparat in schweren deutschen Krisenzeiten dem Reiche eine wertvolle Stütze gewesen sei. Diesen geschichtlichen Verdiensten der preussischen Regierung gegenüber können die ohne den Versuch eines Beweisantritts, ohne Angabe von Namen und Zeit wiedergegebenen Gerüchte von der angeblich kommunistenfreundlichen Einstellung "hoher Funktionäre" oder "eines Polizeipräsidenten" nicht das mindeste bedeuten. Es ist ja auch überaus charakteristisch, dass von Ihnen, Herr Reichskanzler, vorher erst gar nicht der Versuch unternommen worden ist, gemäss Artikel 15 der R.V. die

preussische Regierung davon mit dem Versuchen auf Abstellung dieser angeblichen personalpolitischen Mängel zu benachrichtigen. Ich wünsche nur im Interesse unseres deutschen Volkes, dass die unter Ihrer Leitung, Herr Reichskanzler, stehende Reichsregierung ebenso unabhängig von der nationalsozialistischen Partei wäre, wie die verfassungsmässige preussische Regierung von der kommunistischen Partei!

Wie die preussische Staatsregierung seit Jahr und Tag von den Kommunisten berannt und bekämpft wird, mussten gerade Sie, Herr Reichskanzler, aus der Zeit Ihrer Abgeordnetentätigkeit im preussischen Landtag aus eigener Anschauung wissen. Auch kann Ihnen nicht unbekannt geblieben sein, dass im neugewählten Landtag die Kommunisten mit den Nationalsozialisten ebenso wie im alten Landtag, trotz gelegentlicher Prügeleien meist in geschlossener Einheitsfront gegen die preussische Regierung stehen. Der Jubel, mit dem nach glaubwürdigen Zeitungsberichten kommunistische Versammlungen die Kunde von der Amtsentsetzung meines Kollegen Severing und meiner Person aufgenommen haben, hätte auch Sie stutzig machen müssen.

Ihren Behauptungen, dass nur in Preussen die kommunistischen Kampforganisationen zur ständigen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung angewachsen wären, und daß dort der Wahlkampf so blutig geworden sei, stelle ich neben der Tatsache, dass blutige Zusammenstösse auch ausserhalb Preussens vorkommen, die jedem Unvoreingenommenen einleuchtende andere Tatsache entgegen dass bei der starken Industrialisierung Preussens und bei der den anderen Ländern gegenüber häufigeren Zusammenballung der Bevölkerung in den Grosstädten und Industriezentren mit ihrer besonders hohen Arbeitslosenziffer naturgemäss die grössten Unruheherde auch in Preussen liegen. Die ohnehin in diesen Zentren vorhandene Schärfe der politischen Gegensätze ist aber auf das bedauerlichste und unerträglichste dadurch gesteigert worden, dass entgegen den dringenden Warnungen fast aller Länderregierungen, die in den Erfahrungen ihrer langjährigen Polizeipraxis begründet waren, von der Reichsregierung das Uniformverbot für die sich nicht nur in Preussen durch ihr gewalttätiges Vorgehen auszeichnenden SA-Formationen der nationalsozialistischen Partei aufgehoben und damit der Kampf auf den Strassen auf's neue entfesselt wurde.

Das Verlangen, die preussische Staatsregierung habe grundsätzlich und von vornherein die Anhänger der kommunistischen Partei anders als die der nationalsozialistischen Partei zu behandeln, widerspricht der Reichsverfassung, die nur Staatsbürger einerlei Rechts kennt, die aber eine Regierung allerdings verpflichtet, gegen jede Person, die die Gesetze verletzt, gleichviel zu welcher Partei sie sich bekennt, mit allen Machtmitteln einzuschreiten. Dass durch ein solches Vorgehen des Staates die Nationalsozialisten bei bewaffneten und gewalttätigen Störungen der Ruhe und Ordnung ebenso in die Schranken des Gesetzes zurückgewiesen werden müssen wie die Kommunisten, sollte für jeden verantwortungsbewussten Staatsmann selbstverständlich sein. Das umsomehr, als nicht, wie Sie, Herr Reichskanzler, in der Rundfunkrede sagten, allein die Kommunisten "Gewalt und Mord in den politischen Kampf hineingetragen haben". Die von rechtsradikaler Seite verübten Mordtaten an den deutschen Reichsministern Erzberger und Rathenau, die verabscheuungswürdigen Fememorde und ungezählte andere politische Bluttaten sind in der Erinnerung des deutschen Volkes selbst in unserer schnelllebigen Zeit denn doch noch zu frisch, um eine solche Behauptung als begründet erscheinen zu lassen. Die unaufhörlichen Drohungen mit "Köpferollen" und allen anderen möglichen Todesarten für politische Gegner die seit Jahren ungestraft von prominenten nationalsozialistischen Führern, die die Reichsregierung für verhandlungsfähige Partner hält, in voller Öffentlichkeit ausgestossen worden sind und werden, haben mindestens in demselben Masse wie verabscheuenswerte kommunistische Roheitsakte und Bluttaten das politische Leben Gesamtdeutschlands vergiftet. Wie ist es sonst zu erklären, Herr Reichskanzler und Reichskommissar, dass auch jetzt unter der Herrschaft

des Reichskommissariats täglich und nächtlich, nationalsozialistische Ueberfälle auf Leben und Eigentum Andersdenkender zum Teil mit bewaffneter Hand verübt werden?

Ich stelle ferner fest, dass es unrichtig ist, wenn Sie, Herr Reichskanzler, am Schluss Ihrer Rundfunkrede erklärten, dass die Selbständigkeit des Landes Preussen im Rahmen der Reichsverfassung nicht angetastet werde. Das Recht auf Bestellung der verfassungsmässigen Landesregierung durch die Wahl des Ministerpräsidenten steht ausdrücklich und ausschliesslich dem Preussische Landtag zu. Dieses Recht des preussischen Staatsvolkes, durch seine gewählten Vertreter seine freistaatliche Regierung zu bestimmen, kann, solange die Reichsverfassung und die Verfassung des Landes Preussen respektiert wird, nicht ausser Kraft gesetzt werden. Sie, Herr Reichskanzler, haben diesen Eingriff in den bundesstaatlichen, durch die Reichsverfassung gewährleisteten, Charakter des Reiches unternommen. Auf Ihnen, als dem einzigen staatsrechtlich Verantwortlichen liegt daher die ganze Wucht dieser Verantwortung.

Ich fasse zusammen: Die von Ihnen in Ihrer Rundfunkrede zusammengetragenen Argumente sind nicht ausreichend, um Massnahmen zu erklären oder zu begründen, die nur als widerrechtliche Eingriffe in die Regierung und Verwaltung eines deutschen Landes bezeichnet werden können, das stets die Reichsgesetze musterhaft ausgeführt, die öffentliche Ruhe und Ordnung in schwersten Zeiten gewahrt und durch seine Unterstützung der Politik der Reichsregierung sehr stark dazu beigetragen hat, diejenigen aussenpolitischen Fortschritte zu erkämpfen, die wir in den letzten Jahren in mühsamer und hartnäckiger Arbeit zu verzeichnen hatten. Eine Erklärung für Ihr Vorgehen kann ich deshalb nur in rein politischen Gründen erblicken, die durch die Verfassung nicht gedeckt werden.

Durch die von der Reichsregierung getroffenen Massnahmen ist vielmehr nach jedem unbeeinflussten Rechtsempfinden die Verfassung des deutschen Reiches wie des Freistaates Preussen verletzt worden. Die Einheit des Reiches, das wertvollste Gut des deutschen Volkes, das wir uns 1918 durch die Begründung des demokratischen Volksstaats nach dem Zusammenbruch des Dynastienstaates erhalten konnten, ist durch diese unberechtigten Eingriffe auf das äusserste gefährdet. Nur die vorbildliche Disziplin und Besonnenheit der republikanischen Parteien hat uns bei diesem, von schweren Eingriffen in die staatsbürgerliche Freiheit begleiteten, nach meiner Auffassung verfassungswidrigen Vorgehen vor Blutvergiessen und Bürgerkrieg bewahrt. Ihre staatsrechtliche Verantwortung als gegenzeichnender Reichskanzler wie Ihre historische und politische Verantwortung für das Geschehene und für das, was aus dem verübten Unrecht noch weiter Nachteiliges und Gefahrdrohendes für das deutsche Volk entstehen kann, vor unserem Volk und vor der Welt festzustellen, ist meine Pflicht als von der Volksvertretung gewählter, verfassungsmässiger, von Ihnen widerrechtlich an der Ausübung seines Amtes verhandelter Chef der preussischen Staatsregierung.

Soviel an Sie, Herr Reichskanzler! An meine Parteigenossen und an alle Republikaner aber richte ich die dringende Bitte, trotz unserer sich gegen das uns angetane Unrecht aufbäumenden Empörung weiter ruhige Blut zu bewahren. Nachdrücklicher als alle Rechtsverwehrungen und Einsprüche, vor allem aber als jede Auflehnung gegen die augenblicklich herrschende Gewalt wird der ruhige und überlegte Protest wirken, mit dem wir am 31. Juli unsere Treue zur Verfassung und zum freien Volksstaat bekunden und jedem weiteren gefährlichen Experiment den Boden entziehen.

Der Ausgang der Wahl muss der Reichsregierung beweisen, dass auch ein sich auf Argumente der Macht stützendes Vorgehen unblutig an dem moralischen Widerstand eines Volkes scheitern kann, das nicht gewillt ist, auf seine junge Freiheit zu verzichten und das sich durch niemanden, wer es auch sei, in politische Unfreiheit und Rechtlosigkeit zurückwerfen lassen wird!

Otto Braun, Preussischer Ministerpräsident.

SPD. Chemnitz, 27. Juli (Bzg. Drahtb.)

Ein Kabinettsstückchen hat sich der Chemnitzer Oberbürgermeister Arlart geleistet. Er veröffentlicht einen Aufruf, in dem er zur Bildung eines bewaffneten Selbstschutzes auffordert. Zur Begründung wird folgendes angeführt:

"Das Polizeipräsidium hat mitgeteilt, bei stärkeren, unter Umständen auch auf dem platten Lande vielleicht gleichzeitig an vielen Stellen auftretenden Unruhen könne die staatliche Polizei so in Anspruch genommen sein, dass sie nicht gleichzeitig in der Lage sei, für wichtige städtische Dienstgebäude, Werke usw. den notwendigen polizeilichen Schutz zu stellen. Es soll daher ein städtischer Selbstschutz aufgestellt werden, der nur für diesen äussersten Notfall tätig werden und vor allem das unbefugte "wilde" Eindringen in die Gebäude so lange verhindern soll, bis es gelingt polizeilichen Schutz zu bekommen. Dieser einzurichtende Selbstschutz soll, mindestens zu einem Teil, mit Schusswaffen (Pistolen) und der dazu gehörigen Munition ausgerüstet werden. Die entsprechende Ausbildung mit der Waffe übernimmt die staatliche Polizei. Andererseits wird auch eine grössere Anzahl von Leuten ohne Waffen als eventuelle "Reserve" und nur zur Einrichtung eines gewissen Wach- und Sicherheitsdienstes benötigt. Näheres über Einrichtung und Durchführung des Selbstschutzes wird noch bekanntgegeben."

Dieser Aufruf klebt seit Mittwoch in allen Chemnitzer städtischen Werken als Aushang. Selbstverständlich hat dieser Aufruf ungeheures Aufsehen erregt. Die sächsische Regierung erklärt, dass sie mit der Sache nichts zu tun haben wolle. Es handele sich bei diesem geplanten Selbstschutz um eine von der Regierung weder veranlasste noch gebilligte Massnahme. Sie sei offenbar auf eine zum Teil irrige Auslegung einer internen Dienstanweisung an die Kreishauptleute und Polizeipräsidenten zurückzuführen. In dieser Dienstanweisung werde allerdings die Einrichtung eines Selbstschutzes für gewisse Anlagen und Betriebe behandelt. Von städtischen Einrichtungen seien lediglich die technischen Werke genannt. Selbstverständlich sei die Polizei nicht nur gewillt, sondern durchaus auch in der Lage, die Rathäuser und andere gemeindebehördlichen Dienstgebäude jederzeit zu schützen.

SPD. Das Kabinett der Barone hat vier Tage vor der Wahl seine Bundesgenossenschaft mit den Parteien der Reaktion offen zugegeben. Trotz der wilden Ablehnungsversuche der Nationalsozialisten, die sich von der Verantwortung für die Hitler-Notverordnung zu entlasten versuchen, ist in den letzten Tagen eine weitgehende Klärung eingetreten. Die Rundfunkrede des Reichswehrministers Schleicher mit ihrer tiefen Verbeugung vor Hitler hat die Zusammenhänge zwischen dem Kabinett der Barone und der NSDAP klargestellt. Nun wird ein programmatischer Briefwechsel zwischen Hugenberg und Papen veröffentlicht, der das Zusammenspiel zwischen den Deutschnationalen und dem Kabinett der Barone offen darlegt.

Hugenberg übt in einem Schreiben an Papen Kritik an der Hungernotverordnung und an dem Vertrag von Lausanne und trägt im Anschluss daran ein finanzpolitisch-wirtschaftspolitisches Programm von grosser Bedeutung vor. Papen verbeugt sich vor dieser Kritik und akzeptiert das Hugenbergsche Programm in wesentlichen Teilen.

Die Kritik Hugenbergs an der Hungernotverordnung spricht von Härten, die bei vielen Betroffenen eine verzweifelte Lage erzeugen. Damit ist selbstverständlich nicht der Abbau der Arbeitslosenunterstützung und der Wohlfahrtsunterstützung, nicht die Kürzung der Kriegerrenten, nicht der rigorose Abbau der Sozialversicherung gemeint. In diesen Punkten ist die Reaktion um Hugenberg mit der Regierung Papen und mit den Nationalsozialisten völlig einer Meinung. Die Regierungserklärung gegen den Staat als Wohlfahrtsanstalt mit ihrer Behauptung, dass der Ausbau der Sozialversicherung das deutsche Volk korrumpiert

habe, ist vielmehr Geist vom Geiste Hugenberg's. Es geht Hugenberg vielmehr um den Besitz. So entwickelt er als Voraussetzung der Ratifizierung des Lausanner Vertrages durch die Deutschnationalen ein Programm der Schuldenstreichung und Zinsherabsetzung. Er spricht von einer Regelung der bestehenden Privatschuldverhältnisse und der Schaffung eines vom Auslande unabhängigen tragbaren deutschen Zinsfusses. Sein programmatischer Vorschlag schliesst mit den Worten:

"Wir rechnen mit der Möglichkeit, dass es unabhängig von deutschen Entschlüssen zu keiner Ratifizierung kommen wird. Aber sowohl für den Fall der Ratifizierung wie der Nichtratifizierung würde ein Ausland und Inland umfassende autonome Schuldenregelung eine neue für Deutschland tragbare Grundlage schaffen und zugleich den notwendigen Kampf um die deutsche Wehrhoheit und eine wirkliche europäische Abrüstung erleichtern."

Darin ist enthalten der Plan, eine autonome Herabsetzung der deutschen privaten Auslandsschulden durchzuführen. Der Reichskanzler hat darauf eine Antwort erteilt, die eine vollständige Akzeptierung des Hugenberg-Programmes darstellt. In dieser Antwort wird zunächst der Versuch unternommen, die Verantwortung für die Hunger-Notverordnung früheren Regierungen zuzuschieben.

Diesen Versuch der Reichsregierung in letzter Stunde vor der Wahl ihre Verantwortung für ihre eigenen realreaktionären Anschläge gegen das Volk zu verschleiern, weisen wir auf das schärfste zurück! Für die unerhörte Kürzung der Hilfe für die erwerbslosen Opfer der Wirtschaftskrise, für die Kürzung der Kriegerrenten, für die Salzsteuer, für die Erhöhung der Umsatzsteuer hat das Kabinett der Barone ganz allein die Verantwortung zu tragen. In den Plänen die Herr von Papen von der Regierung Brüning übernommen hat, befanden sich die härtesten und reaktionärsten Vorschriften der Notverordnungen vom 14. Juli nicht

Weder mit diesen Ausflüchten noch mit Zukunftsversprechungen einer künftigen Aufbauarbeit wird diese Regierung den Volkszorn entkräften!

Das Kabinett der Barone hat in dieser Antwort Herrn Hugenberg eine Umarbeitung des Notverordnungswerks in seinem Sinne versprochen. Hugenberg ist der Inbegriff der sozialen Reaktion. Das Versprechen der Regierung Papen, eine Umarbeitung des Notverordnungswerks im Sinne Hugenberg's vorzunehmen, ist eine neue Drohung gegen das Volk! Die Antwort der Regierung spricht von einer tief einschneidenden Verwaltungs- und Finanzreform, durch die sich die Kosten des Verwaltungsapparates der öffentlichen Hand auf das Mass verringern, das der Verarmung Deutschlands entspricht. Ähnliche Worte fanden sich in der ersten Regierungserklärung des Kabinetts der Barone. Was sie bedeuten, ist dem Volke durch die Hunger-Notverordnung vom 14. Juli klargemacht worden. Diese Ankündigung des Kabinetts der Barone ist deshalb die Ankündigung neuer reaktionärer Anschläge gegen die arbeitenden Massen und ihrer sozialen Errungenschaft.

In dieser Antwort wird ferner Herrn Hugenberg versichert, dass in diesem Reformprogramm auch die Regelung der in- und ausländischen Schulden eine wichtige Rolle spielen wird. In jeder Hinsicht wird damit eine enge Zusammenarbeit zwischen Hugenberg und der Regierung Papen eingeleitet.

Die Maske ist gefallen!

Als die Regierung Braun-Severing dem Kabinett der Barone die sozialen Härten der Hunger-Notverordnung vorgeworfen hat, hat das Kabinett der Barone geantwortet mit der Reichsexekutive gegen Preussen.

Als die Verkörperung der schwärzesten Reaktion Hugenberg dem Kabinett der Barone seine reaktionären kapitalistischen Pläne vorgetragen hat, hat das Kabinett der Barone geantwortet mit der Akzeptierung seines reaktionären Programms!

Gestützt auf Hitler ist das Kabinett der Barone ins Amt getreten, hat es seine Absage an den Wohlfahrtsstaat erteilt, hat es die Hungernotverordnung gegen die deutsche Arbeiterschaft und gegen die erwerbslosen Opfer der Krise des Kapitalismus diktiert.

Gestützt auf Hitler, gemeinsam mit Hugenberg will das Kabinett der Barone

weiter vorwärts schreiten auf dem Wege der Reaktion.

Verheissungsvoll steht am Schluss der Antwort Papens an Hugenberg:

"Die Reichsregierung ist mit der Bearbeitung aller dieser Fragen seit geraumer Zeit beschäftigt und wird in den kommenden Wochen ihre grundsätzlichen Massnahmen zur Durchführung bringen."

Neue Notverordnungen des Kabinetts der Barone in Sicht!

Volk hab acht! Noch ist es in Deiner Hand, die reaktionären Anschläge des reaktionären Dreibunds Papen-Hitler-Hugenberg zu durchkreuzen.

SPD. Eisenach, 27. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Uhrenstadt Ruhla demonstrierten am Mittwoch-Morgen Wohlfahrts-erwerbslose gegen die Kürzung der Unterstützungssätze. Es kam zu schweren Zusammenstössen mit Polizeibeamten, die von der Waffe Gebrauch machten. Ein 33-jähriger Arbeiter, Vater von zwei Kindern, wurde erschossen.

SPD. In einer Ausschusssitzung des Reichsrats spielte sich am Mittwoch-Nachmittag ein beschämender Vorfall ab. Er steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aktion der Papen-Regierung gegen die preussische Staatsregierung und zeigt, dass die gewaltsam ihres Amtes enthobenen preussischen Minister nicht gewillt sind, sich mit der Papen-Aktion auch nur einen Augenblick abzufinden.

In der Ausschusssitzung des Reichsrats war für die nach wie vor allein zur Vertretung Preussens berechnete Preussische Staatsregierung der stellvertretende preussische Ministerpräsident Dr. Hirtsiefer erschienen. Der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl erklärte deshalb, dass er in Gegenwart Hirtsiefers die Verhandlungen nicht eröffnen werde. Als Minister Hirtsiefer unbekümmert darum im Saal verblieb, drohte Reichsinnenminister von Gayl - wohl-gemerkt der Verfassungsminister des deutschen Reiches - ihn mit Gewalt aus dem Saal entfernen zu lassen. Minister Hirtsiefer legte namens der preussischen Staatsregierung schärfste Verwahrung gegen diesen neuen Gewaltakt der Reichsregierung ein. Er verliess dann die Sitzung, um dem Reichsrat das entwürgende Schauspiel eines solchen Rechtsbruches zu ersparen.

Am Mittwoch-Vormittag war bereits in einer Geschäftsordnungsdebatte im Reichsrats-Ausschuss für die Invalidenversicherung eine formelle Rechtsverwahrung von den meisten Ländern gegen die Ausschussverhandlungen eingelegt worden, weil die preussischen Stimmen durch die Reichsregierung instruiert werden. In der Ausschuss-Sitzung am Nachmittag, in der die Richtlinien der Reichsregierung für den Rundfunk beraten werden sollten, wiederholten zunächst Bayern und später auch die Vertreter anderer Länder diese Rechtsverwahrung. Sie beteiligten sich jedoch an der sachlichen Beratung der Rundfunk-Richtlinie. Aber fast alle Länder protestierten gegen die von der Reichsregierung beantragte Zentralisierung und einseitige Politisierung des Rundfunks im Sinne der Nazi-Barone.

Vor den Verhandlungen im Reichsrat liess die Regierung der Nazi-Barone den Mitgliedern der Regierung Braun mitteilen, dass sie ihrer Funktionen als Bevollmächtigte Preussens zum Reichsrat enthoben seien. An Stelle des Ministerpräsidenten Braun und der Staatsminister hat die Papen-Regierung den Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht und die zu kommissarischen Ministern ernannten Staatssekretäre als Bevollmächtigte zum Reichsrat bestellt. Die Mitglieder des Kabinetts Braun haben die ihnen zugegangene Mitteilung mit einer Rechtsverwahrung beantwortet.

Von dem neuesten Gewaltakt der Papen-Regierung wird die verfassungsmässige Funktion des Reichsrats erheblich betroffen. Der Reichsrat soll nach der

Verfassung ein selbständiger Faktor der Gesetzgebung sein. Nach Artikel 69 bedarf die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Reichsregierung der Zustimmung des Reichsrates. Kommt eine Übereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat zustande, so kann die Reichsregierung die Vorlage gleichwohl einbringen, hat aber hierbei die abweichende Auffassung des Reichsrats wahrzunehmen. Der Reichsrat hat ferner ein Einspruchsrecht gegen Gesetze, die vom Reichstag beschlossen worden sind. Jedes Land hat im Reichsrat mindestens eine Stimme, bei den grösseren Ländern entfällt auf 700 000 Einwohner eine Stimme, wobei ein Überschuss von 350 000 Einwohnern 700 000 gleichgerechnet wird. Um eine Majorisierung der anderen Länder durch Preussen zu verhindern, ist in der Verfassung aufgenommen worden, dass kein Land durch mehr als $\frac{2}{5}$ aller Stimmen vertreten sein darf.

Diese verfassungsmässigen Bestimmungen sind von Herrn von Papen selbstherrlich ausser Kraft gesetzt worden, indem er die preussischen Stimmen als Reichskommissar instruiert und damit als Reichskanzler entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung zugleich einen Teil der Funktionen des Reichsrats übernommen hat.

SPD. Dortmund, 27. Juli (Eig. Drahtb.)

In dem Prozess gegen die Generaldirektoren der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen in Dortmund fällt das Gericht am Mittwoch nach vierwöchentlicher Verhandlung das Urteil. Generaldirektor Dr. h. c. Krone erhielt wegen Untreue in vier Fällen ein Jahr Gefängnis, Generaldirektor Fischer wegen Untreue in zwei Fällen 10 Monate Gefängnis. Beide wurden ausserdem noch zu je 5 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Krone und Fischer können sich nicht beklagen, zu hart angefasst worden zu sein. Ihr Fall ist eine einzige Widerlegung der Nazilüge, Sozialdemokratie und Gewerkschaften hätten die Wirtschaft ruiniert. Wer die Wirtschaft ruinierte, zeigt treffend die Begründung des Dortmunder Urteils.

Erschwerend falle - so heisst es in der Urteilsbegründung - für die Angeklagten ins Gewicht, dass ihnen als Generaldirektoren eines der grössten deutschen Elektrizitätswerke eine Vertrauensstellung ungewöhnlichen Ausmasses gegeben worden sei und ihnen mit diesen Posten eine ausserordentliche wirtschaftliche Vormachtsstellung anvertraut gewesen wäre. Die Angeklagten seien aber in geradezu unglaublicher Weise mit den Geldmitteln der Allgemeinheit umgesprungen und hätten ein unerhört luxuriöses Leben geführt.

Die beiden Generaldirektoren richteten sich ganz nach dem Gebaren der rheinisch-westfälischen Industriemagnaten, sie waren Lehrlinge der Vögler und Thyssen, der schwerkapitalistischen Geldgeber der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und zwar in einem solchen Ausmasse, dass selbst ein Direktor der Vereinigten Stahlwerke als Sachverständiger erklärte, dass ein derartiger Geldverschleiss und Spesenverbrauch in den grössten Weltkonzernen kaum seinesgleichen habe.

Demgegenüber suchten sich die Angeklagten damit zu verteidigen, dass ihre Bezüge im Verhältnis zu denen der sonstigen Wirtschaftsführer ausserordentlich niedrig seien, sodass sie von ihrem Verdienst auch nicht das Geringste hätten erübrigen können. Dabei bezogen sie im Jahre 1929/30 rund M 100 000.- Gehalt und M 250 000.- Tantiemen, M 100 000.- Grubenvorstandsvergütungen, M 286 000 Spesen. Ferner liessen sie sich Kredite aus der Werkskasse in Höhe von M 450 000.- geben, belasteten ihr sogenanntes Hauskonto mit M 1 230 000.-, machten auf Kosten des Werkes eine Amerikareise, für die sie sich M 44 000.- zahlen liessen, kauften sich auf Kosten der Allgemeinheit nicht weniger als sechs feudale Maybachwagen, trieben mit Werksgeldern umfang-

reiche Börsenspekulationen für die eigene Tasche und fälschten zu ihren persönlichen Gunsten die Bilanzen des Konzerns. Kurz: sie zeigten sich der Thyssen und Konsorten durchaus würdig. Beide Angeklagte waren selbstverständlich stramm national und reaktionär und betonten während des Prozesses wiederholt, dass sie frühere Offiziere seien und nur ein Opfer von parteipolitischer Intrigen geworden wären. Um auf das Gericht einzuwirken und für sich Stimmung zu machen, versuchten die Generaldirektoren von der Anklagebank aus gegen die Sozialdemokratie und gegen sozialistische Vertreter vom Leder zu ziehen. Sie wollten nicht einsehen, dass es eine alte sozialistische Forderung ist, dass besonders die durch die öffentliche Hand beeinflussten Betriebe sauber und gewissenhaft geführt werden müssen.

Auch dieser Prozess ist ein Musterbeispiel für die Grossmanns- und Verschwendungssucht der sogenannten Wirtschaftsführer des herrschenden Hochkapitalismus, dem die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Zutreiberdienste leistet. Er ist wieder einmal ein Beweis dafür, dass nur die Durchführung der sozialistischen Forderungen und Grundsätze diesem System ein Ende machen kann.

SPD. Der Reichswehrminister, General v. Schleicher, hat am Dienstag in seiner Rundfunkrede erklärt: "Ich bin der Meinung, dass das Vorhandensein einer geschlossenen und überparteilichen Wehrmacht allein schon genügen muss, um die Autorität des Reiches vor jeder Erschütterung zu bewahren... Ich werde auch nicht dulden, dass die Wehrmacht die ihr im Staate zugewiesene Stellung mit irgend jemand teilt, und dass sich private Organisationen ihre gesetzlichen Funktionen anmassen."

Wenn ein Mann ein Wort ist und dieses Wort einen Sinn haben soll, so kann der Reichswehrminister nur so verstanden werden: dass sich private Organisationen, wie z.B. die SA des Herrn Hitler nur im Rahmen des Gesetzes betätigen dürfen; dass sich eine SA keinerlei militärische Funktionen anmassen und keine Tätigkeit ausüben darf, die das Reich und seine Autorität zu schüttern könnte.

Wie verträgt es sich aber mit den Worten des Reichswehrministers und seiner Feststellungen, dass allein das Vorhandensein bzw. die von dem Kabinett Papen wiedererlaubte SA und deren Bürgerkriegstätigkeit in den breitesten Volkskreisen und vor allem in den süddeutschen Staaten die Autorität des Reiches sehr gefährdet und erschüttert hat? Wie vertragen sich die Worte des Herrn v. Schleicher ferner mit den Meldungen über Zusammenziehungen der SA-Truppen? Diese Meldungen sind so hieb- und stichfest, dass sie von niemandem bestritten werden können. Wir sind in der Lage sie mit einer ganzen Reihe von Dokumenten zu belegen. Aus ihnen erwähnen wir einen an die SA und SS Stuttgart ergangenen "Standarten- und Sturmbefehl", in dem für die gesamte SA und SS "höchste Alarmbereitschaft" für den 31. Juli angeordnet wird usw. usw. Wir zitieren weiter die durch Kurierdienst SA.Stand.1/120, S.S.Stand.13, von München übermittelten Befehle "an Sturmbann- und Sturmführer", "an die Führer" "an die Abschnitte", in denen über die "Bewaffnung und Ausrüstung der SA und SS" genaue Meldungen verlangt werden; Befehle, durch die die Motorstürme mobil gemacht werden; Befehle, die angesichts der Wahl sofort jeden Urlaub für SA und SS sperren und nur die Abwesenheit im Todesfall eines Angehörigen oder zum Besuch eines schwererkrankten Familienmitgliedes gestatten. Wörtlich heisst es in dem Befehl:

"Ich verlange, dass dieser Befehl restlos durchgeführt wird. Jeder Führer haftet mir für die Einhaltung dieses Befehls. Die 10% Stärke der SS im Verhältnis zur SA wird auf 15-20% festgesetzt. Es sind besonders zuverlässige Leute aus der SA an die SS zu überschreiben. Meldung bis spätestens 25. Juli über die Dienststellen zur Reichsleitung.

Unterschrift. Stand.13 gez Zeller."

Dürfen wir den Herrn Reichswehrminister fragen, ob er glaubt, dass diese Vorbereitungen und Anordnungen einer "privaten Organisation" in Einklang zu bringen sind mit der Autorität des Reiches? Oder glaubt er, derartige Befehle an eine militärisch organisierte, auf Gehorsam gedrilte und einige hunderttausend Mann starke SA, solche Befehle seien lediglich aus Spielerei erteilt?

Eine baldige Antwort auf diese Frage liegt umsomehr im öffentlichen Interesse, als die Arbeiterschaft keineswegs gewillt ist, von dem Generalalarm der Bürgerkriegsarmee des Herrn Hitler lediglich Kenntnis zu nehmen.

SPD. Köln, 27. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Kölner Regierungspräsident Elfen hat am Mittwoch in einer Rede anlässlich der Einführung des kommissarischen Kölner Polizeipräsidenten Lingens u.a. ausgeführt:

"Ich halte mich für verpflichtet, in dieser Stunde des Mannes zu gedenken der fast sechs Jahre das Polizeipräsidium geführt hat. Ungeachtet der Gründe, die zur Dispositionsstellung des Polizeipräsidenten Bauknecht geführt haben, glaube ich mich in Übereinstimmung mit der vorgesetzten Stelle zu befinden, wenn ich dem Polizeipräsidenten Bauknecht herzlichen Dank sage, dass er in schwerster Zeit seine ganze Persönlichkeit restlos und unerschrocken für seine schwierige polizeiliche Arbeit in Köln eingesetzt hat. Wie Bauknecht bei der nationalen Abwehr des Ruhrkampfes und der separatistischen Anschläge auf die Reichseinheit unzweifelhaft seinen Mann gestanden hat, so hat er auch seine ganze Kraft, sein bestes Wollen und Können dem Polizeipräsidium Köln gewidmet und sich der persönlichen Nöte der ihm unterstellten Beamten angenommen."

Dieser um sein Vaterland und das Kölner Polizeipräsidium hochverdiente Mann wurde von Herrn von Papen für abgesetzt erklärt weil er ihm nicht passte! Das ist die "neue Staatsführung".

SPD. Die Hugenberg-Presse tut entrüstet! Sie will von "zuverlässiger Seite in Erfahrung gebracht haben, dass die preussische Staatsregierung für den Preussenswahlkampf 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt habe. Die "zuverlässige" Behauptung ist inzwischen von der Regierung des Reichskommissars Papen demontiert worden. Sie ist damit als "Wahllüge" charakterisiert.

Aber selbst wenn die "zuverlässige" Behauptung der Hugenberg-Presse nicht widerrufen worden wäre, so stände es am allerwenigsten Herrn Hugenberg seinen Lakaien an, darüber die Entrüsteten zu spielen. Sollen wir sie daran erinnern, dass die Vorgänge über den Übergang des Scherlverlages an Hugenberg immer noch im Dunkeln liegen? Sollen wir daran erinnern, dass das wilhelminische Regime Millionen für Wahlen verausgabte und die Konservative Partei immer reichlich gespickt hat? Ja, damals erklärten die Herren offen und frei, dass es nicht nur ihr Recht sondern ihre Pflicht sei, mit dem Gelde der Steuerzahler Wahlpropaganda zu treiben.

Wer damals ob dieser Erklärung jubelte waren die vom Geiste Hugenbergs, die sich heute darüber aufregen und entrüstet spielen, wenn auch nur ein ähnlicher Gedanke geäußert wird.

SPD. Stuttgart, 27. Juli (Eig. Drahtb.)

Die dritte Ferien-Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart hat am Mittwoch auf Antrag Hitlers eine einstweilige Verfügung gegen die "Schwäbische Tagwacht" erlassen, durch die ihr sowie zwei in der Verfügung mit Namen genannten Redak-

teuren des politischen Teils der Zeitung verboten wird, "bei Vermeidung der gesetzlich bestimmten Strafen für jeden Fall der Zuwiderhandlung, nämlich Geldstrafen in unbestimmter Höhe, eventuell Haft bis zu sechs Monaten, die in Nr. 67 der "Schwäbischen Tagwacht" vom 20. Juli 1932 mit der Überschrift "Preussens Hungerdiktat" enthaltenen Behauptungen "nationalsozialistische Unterstützungskürzungen", "Hitler-Notverordnung" in irgendeiner Form zu veröffentlichen."

In der Begründung dieser einstweiligen Verfügung heisst es: "Nach den Umständen liegen keinerlei Anhaltspunkte für die Annahme vor, dass die Behauptungen, die geeignet sind, den Antragsteller und dessen Partei verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, der Wahrheit entsprechen. Vielmehr ist aus verfassungsmässigen Erwägungen ohne weiteres glaubhaft, dass der Antragsteller oder dessen Partei bei dem Zustandekommen der in Frage kommenden Notverordnung nicht mitgewirkt haben".

Das ist wieder einmal eine juristische Glanzleistung ersten Ranges. Selbstverständlich hat Hitler nicht in der Reichskanzlei gesessen, als dort am 14. Juni die Hunger-Notverordnung der Regierung Papen das Licht der Welt erblickte. Von einer "Mitwirkung" in rein staatsrechtlichem Sinne hat selbstverständlich auch niemand gesprochen. Aber es pfeifen in Deutschland allmählich sämtliche Spatzen von den Dächern, dass die Regierung Papen und Herr Hitler politische Geschäfte auf Gegenseitigkeit machen, dass von Papen das aus Gründen der Staatssicherheit erlassene Verbot der Privatarmee Hitlers, das Verbot des Uniformtragens und der Strassendemonstrationen aufgehoben hat, und dass Herr Hitler dafür in diesem Wahlkampf nicht gegen Papen und seine Notverordnung, sondern gegen die Parteien kämpft, die diese Notverordnung wieder beseitigen und das Kabinett stürzen wollen. Die beiderseitige Bundesgenossenschaft liegt klar zu Tage.

SPD. Paris, 27. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Präsidentenmörder Gorgulow wurde am Mittwoch zum Tode verurteilt. Gorgulow selbst bat um die Todesstrafe.

Der Schwager des Angeklagten, Geng, sagte im Verlauf des letzten Verhandlungstages noch aus, er habe Gorgulow stets als einen ruhigen und korrekten Mann gekannt. Seine Schwester habe sich nie über ihn zu beklagen gehabt. Dann wurde Frau Gorgulow aufgerufen. Als sie völlig in schwarz gekleidet den Saal betrat, erhob sich Gorgulow und rief: "Ich bitte Dich um Verzeihung". Das Verhör war nur von kurzer Dauer. Frau Gorgulow sagte mit weinender Stimme aus, dass sie mit ihrem Mann glücklich gewesen sei. Erst in den letzten 14 Tagen vor dem Attentat habe sich sein Verhalten ihr gegenüber geändert. Er habe Frankreich geliebt und einmal im Kino Beifall geklatscht, als Doumer auf der Leinwand erschien. Mit den Worten: "Haben Sie Mitleid mit mir und dem Kind, das ich demnächst zur Welt bringen werde" verliess sie den Gerichtssaal.

Anschliessend kam der Generalstaatsanwalt zu Wort, der für eine unbarmherzige Strafe plaidierte. Die Verteidiger forderten die lebenslängliche Internierung Gorgulows.

SPD. Der auf Grund einer Denunziation während des Ausnahmezustandes in Berlin-Brandenburg aus dem Bett heraus verhaftete sozialdemokratische Schriftsteller Robert Breuer ist am Mittwoch freigelassen worden. Breuer, der sich sofort in die Redaktion des "Vorwärts" begab, wurde beim Verlassen des Polizeigefängnisses mit stürmischen Freiheitsrufen begrüsst. Er erklärte, vielen inquisitorischen Vernehmungen unterzogen worden zu sein: "Das Ergebnis der Aktion gegen mich ist eine Blamage für die Menschen, die sie in die Wege geleitet haben und wird eine Blamage bleiben!"

SPD. Köln, 27. Juli (Eig. Drahtb.)

In Oberwiesl im bergischen Land wurden in der Nacht zum Mittwoch gegen Mitternacht fünf Anhänger der Eisernen Front, darunter eine Frau, die Wahlflugblätter und Wahlzeitungen verbreiteten, von drei Nationalsozialisten provoziert und belästigt. Es kam zu einem Wortwechsel und zu einer Schlägerei, in deren Verlauf ein Nationalsozialist durch einen Messerstich getötet und einer schwer verletzt wurde. Die Anhänger der Eisernen Front und ein Nationalsozialist wurden verhaftet. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

In der Mordsache, die sich in der Dienstag-Nacht auf dem Heumarkt in Köln abspielte, hat die Untersuchung zu anderen Ergebnissen geführt. Während die ersten Zeugenaussagen den aus dem Ueberfall auf Otto Wels bekannten und be-rüchtigten SA-Mann Fuchs beschuldigten, den jungen Mann erschossen zu haben, hat sich inzwischen ergeben, dass nicht Fuchs, sondern ein SA-Mann namens Jacobs geschossen hat. Durch die Obduktion der Leiche des Ermordeten ist weiter festgestellt worden, dass nicht der Schuss, sondern ein Stich in den Nacken den Tod herbeigeführt hat. Die Hauptsache aber bleibt einwandfrei bestehen. Der Ermordete ist das Opfer eines provokatorischen Naziüberfalls geworden. Der Ortsausschuss Köln des ADGB hat wegen dieses Nazimordes an den Reichsinnenminister ein Telegramm geschickt, in dem er wiederum das Uniformverbot und die Auflösung der SA fordert.

SPD. London, 27. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Wahlkreis Wednesbury errang die englische Arbeiterpartei einen grossen Wahlsieg über die Konservativen. Der Arbeiterkandidat siegte in der Nachwahl mit 21 977 Stimmen gegen den Konservativen, für den 18 198 Wähler stimmten. Bei den letzten Wahlen konnte der Konservative das Mandat mit einer Mehrheit von 4 158 Stimmen erringen. Wenn jetzt die Labourparty eine Mehrheit von 3 779 Stimmen erhalten hat, so ist dies ein Beweis dafür, dass der Ernüchterung der englischen Wähler gegenüber der "nationalen Regierung" und deren Taten und zugleich der Wiederaufstieg für die Arbeiterpartei begonnen hat.

SPD. Breslau, 27. Juli (Eig. Drahtb.)

In der freigewerkschaftlichen Siedlung in Bischofswalde bei Breslau kam es am Mittwoch nachmittag zu einem Zusammenstoss zwischen Nationalsozialisten und Arbeitern. Die Hakenkreuzler versuchten in der Siedlung, obwohl ihnen bekannt war, dass dort vorwiegend Mitglieder der Sozialdemokratischen wohnen, Flugblätter zu verteilen und provozierten damit einzelne Bewohner. Es entspann sich eine Schlägerei, in deren Verlauf es auf beiden Seiten Verletzte gab. Ein Reichsbannermann erhielt eine klaffende Kopfwunde. Ausserdem trug ein Nazi eine erhebliche Verletzung davon. Die Hakenkreuzstrolche, die zum Teil mit Revolvern bewaffnet waren und die Reichsbannerleute mit schweren Ziegelsteinen bewarfen, ergriffen noch vor Eintreffen des Ueberfallkommandos die Flucht. Drei an dem Zusammenstoss beteiligte Nazis sowie die beiden verletzten Arbeiter wurden, nachdem ihnen Notverbände angelegt worden waren, zwecks Klärung der Angelegenheit der Politischen Polizei zugeführt.

SPD. Die Nazis fühlen sich im gegenwärtigen Wahlkampf in der Defensive. Ihre Wahlredner machen kein Hehl daraus, dass ihre Bewegung den Höhepunkt überschritten hat. So versucht man mit Wahltricks zu retten was zu retten ist.

Als ein solcher Trick ist auch ein Brief des Nazi-Präsidenten des preussischen Landtags an Herrn von Papen zu betrachten. In diesem Brief wird die

Aufhebung der letzten preussischen Notverordnung und der Schlachtsteuer gefordert. Allein durch die Tatsache, dass die Hungernotverordnungen der Papen-Regierung ohne Hitler nicht möglich gewesen wären, wird der Brief des Herrn Kerrl genügend charakterisiert. Auf der einen Seite hat die Hitler-Partei neuen Hunger über das Volk gebracht, auf der anderen Seite tut sie so als ob sie den Hunger von den Ärmsten der Armen abwenden will. Sie tut so weil es nichts kostet; denn dass die Regierung der Nazi-Barone die preussische Notverordnung nicht aufheben wird, weiss niemand besser als Herr Kerrl.

Die Sozialdemokratie und das Zentrum haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die preussische Notverordnung nur unter Druck der Reichsregierung erlassen wurde. Weil der Reichskanzler von Papen die Zahlung von 100 Millionen, auf die Preussen ein gesetzliches Anrecht hat, verweigerte, sah Preussen sich zu der Notverordnung gezwungen. Seitdem haben sich die Voraussetzungen geändert. In der Hand des Reichskanzlers von Papen liegt es, einen Ausgleich des preussischen Etats ohne die Massnahmen der Notverordnung herzustellen.

+ + +

Uebrigens hat Nazi-Kerrl noch einen Brief an von Papen geschickt, in dem sich Nazi-Kerrl als Interpret der Reichsverfassung aufspielt und erklärt, dass die preussische Regierung rechtmässig abgesetzt worden sei. Auch dieser Brief kennzeichnet wieder einmal die enge Verbundenheit zwischen der Nazi-Partei und der Papen-Regierung.

SPD. Gladbach-Rheydt, 27. Juli (Eig. Dr.)

Der von den Kommunisten inszenierte wilde Streik von 3 000 Arbeitern und Arbeiterinnen in der Textilindustrie von Gladbach-Rheydt ist nach wenigen Tagen zusammengebrochen. Die Arbeit wurde am Mittwoch überall wieder aufgenommen.

SPD. Stuttgart, 27. Juli (Eig. Drahtb.)

Dem württembergischen Staatspräsident Dr. Bolz ist als Antwort auf sein Schreiben an den Reichspräsidenten, in dem er sich den Protesten der anderen deutschen Länder gegen das Vorgehen der Reichsregierung anschloss, ein Schreiben des Reichspräsidenten zugegangen, in dem es heisst: "Der Herr Reichskanzler wird inzwischen Gelegenheit gehabt haben, mit Ihnen die Gründe zu besprechen, die mich und die Reichsregierung zur Einsetzung eines Staatskommissars für Preussen bestimmt haben. Ich hoffe, dass Sie nach dieser Aussprache davon überzeugt sein werden, dass eine Auswirkung dieser Massnahme auf andere Länder, insbesondere auf Württemberg, nicht zu besorgen ist."

Ann.f.d.Red.: Der Funkdienst des SPD wird in der Wahlnacht auf Welle 4026 durchgeführt. Wir beginnen mit dem ersten Gespräch 18 Uhr 30.

Nun holt zum letzten Schlage aus!

Wähler und Wählerinnen!

SPD. Am Sonntag schmiedet das deutsche Volk sein künftiges Geschick.

Ein Wahlkampf unerhört, wie ihn die deutsche Geschichte noch nie erlebt, liegt dann hinter uns. Millionen Männer und Frauen standen als begeisterte Streiter in der Eisernen Front.

Die drei Pfeile waren das Symbol unseres Kampfes: Aktivität, Disziplin, Einigkeit.

Es geht um die Freiheit!

Hunderte unserer Mitkämpfer haben ihre Treue im Kampfe für die Freiheit mit ihrem Blute bezahlt.

Kein Terror, keine Drohung, keine Lockung vermochte sie irre zu machen.

Nun steht ihr am Sonntag am Amboß der Zeit; im Zeichen der Eisernen Front unter dem Banner der Sozialdemokratie.

Sie kämpft für politische Freiheit, wirtschaftliche Sicherheit und geistige Erneuerung.

Sie kämpft für Abwehr eines Schreckensregiments, das politische Abenteurer mit dem Golde ihrer Gönner aufrichten wollen.

Sie kämpft für die Wohlfahrt der Millionen Hilfsbedürftiger und Bedrängter, für die Opfer der Krise und der Arbeit, für die Kriegsbeschädigten, für alle Alten, Schwachen und Armen.

Der Staat darf nicht zu einer Wohlfahrtsanstalt der Grosskapitalisten, der Bankfürsten und der ostelbischen Grossgrundbesitzer werden.

Heraus zur Entscheidung!

Der Stimmzettel ist jetzt der Hammer in eurer Hand. Gebraucht ihn!

Rüttelt die Gleichgültigen, die Irregeführten, die Verzagten auf! Reisst sie mit eurer Begeisterung fort! Formiert die Einheitsfront des kämpfenden Volkes im Zeichen der Eisernen Front: Aktivität, Disziplin, Einigkeit!

Schlagt die Reaktion!

Die Banner hoch!

Vorwärts und durch!

F r e i h e i t !

Berlin, den 27. Juli 1932.

Die Reichskampfleitung der
Eisernen Front.

SPD. Halle, 27. Juli (Eig. Drahtb)

Der hallesche Nazigauleiter Jordan hat dieser Tage in einer Versammlung in Halle ausgeführt, dass er nach dem 31. Juli keinen parlamentarischen Wahlkampf in Deutschland mehr gebe, weshalb die Wahlen für die NSDAP völlig belanglos seien. Dass diese offene Ankündigung von Umsturzplänen nicht auf einen rednerischen Lapsus zurückzuführen, sondern die präzise Formulierung einer planmässig festgelegten Absicht ist, zeigt ein Bericht des unpolitischen "Hettstedter Tageblatt" von einer Naziversammlung in Hettstedt, in der Jordan ebenfalls sprach. Auch hier führte er aus: "Der 31. Juli muss der letzte parlamentarische Wahlkampf in Deutschland sein. Der Unfug muss aufhören. Ich weiss, dass die Nationalsozialisten nach dem 31. Juli die Macht ergreifen, ohne dass das Wahlergebnis zur Debatte steht. Sie werden die Macht auf jeden Fall ergreifen."

Deutlicher kann wohl niemals zum gewaltsamen Umsturz aufgefordert werden.

Aus aller Welt

Die Tragödie der "Niobe"

Die Rätsel um den Untergang des deutschen Schulschiffs.

SPD. Die Katastrophe des deutschen Schulschiffs "Niobe" in der Ostsee forderte 69 Menschenleben. Die Unglücksursache ist noch nicht geklärt. Aus seemännischen Kreisen wird uns hierüber geschrieben:

Die "Niobe" ist das dritte Schulschiff der Kriegsmarine, das im Kampf mit den Elementen verloren ging. Die "Amazone" lief an der holländischen Küste im Sturm auf Grund, und die "Gneisenau" versank nach einer grossen Schiess- und Segelübung vor Malaga. Immer waren die Verluste bei solchen Katastrophen ziemlich hoch.

Die "Niobe" hatte ein sehr wechselvolles Schicksal. In Frederikshavn, in Dänemark, auf Stapel gelegt, ging sie in den Besitz der norwegischen Handelsmarine über und diente dort im Ueberseeverkehr der Vorkriegszeit. Im Kriege wurde das Schiff, damals noch eine Viermastschonerbark, die unter dem Namen "Tyholm" segelte, von deutschen Wachbooten aufgebracht und als Prise erklärt. Die Konterbande blieb in deutschem Besitz. Um das Schiff in der Nachkriegszeit wieder zu verwenden, wurde es neu aufgetakelt und umgebaut: aus der Viermastbark wurde die Dreimastschonerbark, die im Jahre 1923 von der Reichsmarine unter dem Namen "Niobe" für Schulschiffszwecke übernommen worden ist. Der Dreimaster diente von da ab in der Nord- und Ostsee speziell als Kadettenschulschiff und wurde für diese Zwecke auch mit einem Hilfsmotor ausgestattet. Die an sich für Bedienung notwendige Schiffsbesatzung betrug 34 Mann.

Auf der "Niobe" lernten die Seekadetten, die angehenden Seeoffiziere der Reichsmarine, das eigentliche Segelhandwerk. Die "Niobe"-Zeit war die schwerste Ausbildungsperiode in ihrem ganzen Werdegang, denn der Dienst auf Segelschiffen erfordert weit mehr körperliche und andere Opfer von den Matrosen und Schiffsbedienten als irgendein Dampfer oder Kriegsschiff. Aber die Ausbildung auf dem Segelschiff führt weit schneller und besser in das ganze Seehandwerk ein, als es sonst der Dienst auf einem Dampfer überhaupt vermag.

Es kann vorerst noch kein genaues Urteil über sämtliche Ursachen der Katastrophe gefällt werden; Möglichkeiten hierzu bietet erst die bevorstehende Hebung des gesunkenen Schiffes, das jetzt noch in zwanzig Meter Tiefe liegt. An sich ist es verwunderlich, dass eine heraufziehende südwestliche Gewitterböe bei nordöstlichem Kurs das Schiff zum Kentern brachte. Eine Gewitterböe ist weithin sichtbar und wird vom Barometer sofort registriert. Ausserdem galt die "Niobe" in seemännischen Kreisen für see- und windfest. Im Verhältnis zur Länge des Schiffes, war die "Niobe" unverhältnismässig breit und deshalb eigentlich völlig windsicher. Ueberraschungen durch böige Winde schienen bei diesem Schiff und guten Segelmanövern fast ausgeschlossen. Viel eher konnte bei der sehr offenen und grossen Takelage mit Segelverlusten bei überraschenden Winden gerechnet werden. Die Sicherheit des Schiffes vor böigen Winden war umso grösser, als an Bord ausser der regulären und immer vollständigen Besatzung noch Seekadetten für eilige und dringende Segelmannöver

zur Verfügung standen, die bei drohenden Sturmgefahren eine schnelle und sichere Segelbergung garantierten.

Nach den vorliegenden Berichten muss das Schiff gerade in den aufkommenden Wind gedreht haben, eine Lage, die jedem Segelschiff gefährlich werden kann. Der wachhabende Offizier hat diese Gefahr sicherlich auch erkannt und gab deshalb den Befehl: "Hart an Steuerbord ran!", ein Kommando, das richtig und schnell ausgeführt, das Schiff sofort in seine entgegengesetzte Lage zum Winde bringen muss. Aus dem Bericht eines Geretteten geht jedoch deutlich hervor, dass das Bergen der Segel und der Kurswechsel des Schiffes zu spät geschah. Als man gerade anfang, die Obersegel zu reffen, tauchte in der Ferne auf einmal "Do.X" auf. Der Gerettete erzählt nun: "Da hatten wir natürlich genug zu tun, um uns durch Winken bemerkbar zu machen. "Do.X" war noch nicht ganz am Horizont verschwunden, als plötzlich das Unheil geschah".....

Die Böe sauste heran, erreichte das Schiff noch ehe die Wendung vollzogen war, drückte mit voller Kraft seitlich in die Leinwand und brachte das Schiff zum Kentern. Im Verhältnis zur Windstärke muss während des Angriffs der Böe noch sehr viel Segelleinwand freigestanden haben. Es wird zwar behauptet, dass der Befehl zum Bergen der Obersegel, also aller Rahsegel der "Niobe", noch vor der Böe gegeben worden sei, aber das Segelmanöver in den oberen Segeln dauert immerhin mindestens fünfzehn bis zwanzig Minuten. Es besteht somit leicht die Möglichkeit, dass die nur halbvollendete Arbeit der Mannschaft zum Verhängnis wurde.

Frappierend bei dieser Schiffskatastrophe sind die hohen Verluste. Das hat zweierlei Ursachen. Einmal legte sich das Schiff in der rasenden, seitlich ankommenden Böe sofort soweit nach Lee über, dass die Raken schon die Wasseroberfläche berührten, ehe man überhaupt allseitig die Gefahr erkennen konnte. Zum anderen aber müssen alle Decksluken des Schiffes offen gestanden haben. Als das Wasser über die Reeling stürzte, sperrten die Wassermassen offenbar mit grösstem Drucke alle Zugänge aus den unteren Decks ab, die Räume unter Deck liefen voll Wasser und versperrten den Mannschaften den Weg ins Freie. Die Leute im Zwischendeck müssen sofort mit in die Tiefe gegangen sein. In den Augenblicken, wo ein Segelschiff kentert, gibt es ja überhaupt nur Rettungsmöglichkeiten für die Mannschaften, die sich auf Deck oder in den Wanten befinden. Alle anderen sind ausnahmslos verloren, zumal sich der gekenterte Schiffsrumpf wie eine Riesenhaube auf das Wasser legt und so tief drückt, dass kaum die Luft aus den Räumen, nicht aber die Besatzung daraus entweichen könne.

Glücklicherweise befand sich ein Dampfer auf derselben Höhe wie die "Niobe", er konnte sofort zur Rettungsarbeit schreiten. Wäre das Schulschiff ausser Sicht des Fehmarnfeuerschiffes und irgendwelcher Dampfer gewesen, so wäre es spurlos und ohne Hilferuf versunken. Bei der Schnelligkeit solcher Katastrophen ist dann an Rettung überhaupt nicht zu denken.

Das überraschende Schicksal der "Niobe" hat ungeklärte Rätsel gebracht. Selbst alte, seebefahrene Fachleute hielten bisher eine Windböe von sieben bis acht Sekundenmetern, die noch dazu weithin sichtbar war, für ein Segelschiff von der Bauart der "Niobe" für ungefährlich. Jeder rechnete damit, dass ein Schiff in Fahrt auch richtig an den Gewitterwind kommen kann, zumal dann, wenn genügend Besatzung vorhanden ist, um das Segelzeug gut zu beschlagen und so dicht zu holen, dass die Angriffe der Sturmböe nutzlos verrascheln. In dem Falle der "Niobe" liegt aber die Vermutung nahe, dass das Steuerkommando falsch gegeben wurde.

W.S.

+ + +

Gronau in Kanada. Der deutsche Amerikaflieger Wolfgang von Gronau ist in Montreal (Kanada) gelandet. Der Pilot beabsichtigt, seinen Etappenflug über Detroit, Chicago, Milwaukee und Vinipeg bis zur Pazificküste fortzusetzen. Auch die Heimkehr soll auf dem Luftweg erfolgen.

Der drohende Berg. In Lintal (Schweiz, Kanton Glarus) mussten etwa 800 Einwohner ihre Häuser räumen. Das Oberdorf von Lintal ist in Gefahr, bei einem Bergsturz des 800 Meter hohen Kilchenstocks verschüttet zu werden. Einen genauen Termin der zu erwartenden Felskatastrophe können die Geologen nicht errechnen.

Die Todeskirche. In Komlos (Rumänien) stürzten 6 junge Männer von einem an der römisch-katholischen Kirche errichteten Baugerüst ab. Die jungen Leute verunglückten tödlich.

Aufgehoben. Aufgeschoben? Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat den für Freitag angesetzten Termin des Prozesses des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss gegen die der Verleumdung beschuldigten "Angriff"-Redakteure Dr. Lippert und Krause aufgehoben. Das Gericht gibt als Begründung an, dass eine Reihe wichtiger Zeugen zur Verhandlung nicht erscheinen könnten...

Hauptmann-Ehrung. Die Gemeinde Schreiberhau (Riesengebirge) hat Gerhart Hauptmann das Ehrenbürgerrecht verliehen. Gerhart Hauptmann hat früher mehrere Jahre in Schreiberhau gewohnt; in vielen seiner Schauspiele gab er ein eindruckstarkes Bild schlesischen Lebens.

Prozess gegen Nazibanditen. Vor dem Berliner Schnellschöffengericht hatte sich der zweimal vorbestrafte SA-Mann Kring, der neunzehnjährige Arbeiter Bestmann, der dreißundzwanzigjährige Fleischer Laehn und der dreißundzwanzigjährige Handlungsgehilfe Hoffmann wegen des hinterlistigen Ueberfalls auf den fünfundfünfzigjährigen Reichsbannerführer Max Wölffel zu verantworten. Die Verhandlung wurde zwecks neuer Ermittlungen vertagt, ergab aber bereits ein klares Bild der Schuld der Angeklagten.

Der schwerverletzte Wölffel, der von zwei Reichsbannerleuten aus dem Krankenhaus auf einer Bahre in den Gerichtssaal getragen wurde, erklärte, wie er am 12. Juli 4½ Uhr morgens auf dem Weg zur Arbeit von zwei Nazis angehalten und aufgefordert wurde, sein Reichsbannerabzeichen und den Dreipfeil abzugeben. Als er sich weigerte, wurde er von mehreren Leuten von hinten angefasst, zu Boden geworfen und mit Fäusten und Füßen bearbeitet.

Die Zeugenaussagen bestätigten die Wahrheit dieser Darstellung. Die Angeklagten machten über den Tatbestand auseinandergehende und offensichtlich verlogene Angaben. Einer meinte: Wölffel hätte vor ihm ausgespuckt und ihn als Arbeitermörder und Nazistrolch beschimpft. Wölffel hätte seine Pistole gezogen von dem Angeklagten aber nur ein paar Schläge bekommen. Tatsächlich befand sich in Wölffels Pistole gar keine Kugel; er zog die Waffe auch erst, als er am Boden lag, misshandelt worden war und sich offensichtlich in Notwehr befand.

Schwere Eisenbahnkatastrophe. Am Mittwoch nachmittag gegen 5 Uhr ereignete sich auf den Ferngleisen des Berliner Vorortbahnhofs Gesundbrunnen ein schweres Eisenbahnunglück. Nach den ersten Feststellungen sind 2 Tote etwa 20 Verletzte, unter ihnen mehrere Kinder, zu beklagen. Mehrere Personen erlitten Nervenchocks.

Die Katastrophe scheint auf falsche Weichenstellung zurückzuführen zu sein. Einem aus Sassnitz kommenden, z.T. mit Ferienreisenden besetzten Personenzug fuhr eine Tenderlokomotive, die neben dem Personenzug eine ganze Wei-

le herlief, unterhalb der Behmbrücke in die Flanke. Die Tenderlokomotive drückte den Personenzug regelrecht aus den Gleisen. Fünf Wagen fielen um, während die Lokomotive und der Packwagen, die die Schnittstelle bereits passiert hatten, stehen blieben. Ausserdem wurde durch die umfallenden Wagen das Stellwerk Gesundbrunnen zur Hälfte vollkommen niedergerissen. Ein Wagendach deckte vollkommen den Arbeitstisch der dort tätigen Beamten zu. Wie durch ein Wunder ist hier niemand verletzt worden.

Die erste Hilfeleistung wurde von den Bewohnern der anliegenden Strassen gebracht, die durch den ungeheuren Lärm von dem Unglück alarmiert worden waren. Die Anwohner holten aus den nahegelegenen Lokomotivschuppen Leitern, legten sie an die Wagen an und holten so die Verletzten heraus. Viele von ihnen hatten Verwundungen durch Glassplitter oder durch herabfallende Gepäckstücke erlitten.

Da auch durch den Unfall die neben dem Gleis laufende Telefonleitung zerstört worden war, war es notwendig, die furchtbare Botschaft und den Ruf um Hilfe erst eine ganze Weile zu Fuss weiterzutragen. Dann war allerdings ein Hilfszug der Eisenbahn, Feuerwehr und ein grosses Aufgebot von Sanitätskolonnen rasch zur Stelle. Ausserdem wurden vom Rettungsamt Berlin zehn Rettungswagen geschickt. Vor allem bemühte man sich, schleunigst die Wagen aufzuberechnen und aufzuschweissen. Die entsetzlichen Schreie der Verletzten, die nach ihrer Bergung sofort in die Krankenhäuser gefahren wurden, wiesen rasch die notwendigen Wege.

An der von Tausenden umstandenen Katastrophenstelle bot sich ein Bild des Grauens. Die umgefallenen Wagen sind zum Teil auseinander gerissen, zum Teil ineinander geschoben. Splitter und Eisenteile ragen geborsten und gebrochen in die Luft. An einigen Stellen sind die Gleise beschädigt. Hin und wieder ein reissendes Kreischen: eine Lokomotive versucht einen umgefallenen Wagen an eine zur Aufrichtung geeignete Stelle vorzuziehen. In einen der Wagen, in dem noch Tote und Verwundete vermutet werden, leuchten noch um 7 Uhr abends suchend Lampen hinein...

Glück des Segelfliegers. Wolf Hirth, der Bruder des am Dienstag auf dem Stuttgarter Flugplatz durch Propellerschlag verunglückten Piloten Helmuth Hirth, legte beim Segel-Weitflugwettbewerb auf der Röhn in einem Fünfstunden-Flug eine Strecke von 140 Kilometern zurück. Der Aufstieg erfolgte auf der Wasserkuppe, die Landung in Crambach a.d. Saale.

Weniger Personenzüge? Die Reichsbahnverwaltung beabsichtigt, im neuen Winterfahrplan eine Reihe von Personenzügen ausfallen zu lassen. Die Einstellungsmaßnahme wird mit dem allgemeinen, durch die Wirtschaftslage bedingten Verkehrsrückgang begründet.

Verfahren gegen Notare. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I Berlin hat gegen zwei Berliner Rechtsanwälte und Notare ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Beschuldigten sollen für etwa 1 Million Mark Wertpapiere für ausländische Rechnung in grossem Umfang veräußert haben.

Malatesta +. 76 Jahre alt verstarb in Rom der bekannte Anarchist Enrico Malatesta. Malatesta, der auch mit Karl Marx in Verbindung gestanden hat, ist dreimal zum Tode verurteilt worden, aber dreimal dem Galgen entkommen. Er trieb sich in der ganzen Welt herum; ereignete sich irgendwo ein anarchistisches Attentat, dann nannte man stets, zu Recht oder Unrecht, auch seinen Namen. Seit 1900 lebte er hauptsächlich in England, seit 1919 in Italien.



Deutschland - ein Trauerspiel.

SPD. In Hitlers Werk "Mein Kampf" wurde bei der Neuauflage ein vielbesprochener Satz gestrichen. Dieser bemerkenswerte Satz lautet: "Der Deutsche hat keine blasse Ahnung, wie man das Volk beschwindeln muss, wenn man Massenanhänger haben will."

Hitler hat recht behalten. Das deutsche Volk hatte bis zur Hitlerbewegung wirklich keine Ahnung, wie man es beschwindeln kann. Hitler selbst hat den Beweis dafür geliefert. Eine gemeinere, zynischere und gewissenlosere Lügerei als die, die sich die Hitlerbewegung geleistet hat - nie vorher hat es so etwas in Deutschland gegeben. In der politischen Lüge hat die Hitlerei für alle Zeiten einen unerreichbaren Rekord aufgestellt.

Der Betrug wäre beinahe restlos geglückt, wenn die organisierte Arbeiterschaft sich nicht im letzten Augenblick aufgerafft und der Lügenflut entgegen gestemmt hätte. Immerhin: der Hitlersche Volksbetrug hat bereits seine Wirkung getan, und wenn bei den Wahlen das Volk nicht dem Beispiel der organisierten Arbeiterschaft folgt, dann wird die Notverordnung der Hitlerbarone nur ein erster kleiner Vorgeschmack dieser Wirkung gewesen sein.

Der Leidtragende des Hitlerbetrugs ist Deutschland. Deutschland ist heute ein bis in seine Grundfesten zerrissenes Land. Der Naziminister a.D. Dr. Frick hat soeben bei einer Wahlkundgebung in Chemnitz in einem Lobspruch auf das Kabinett Papen erklärt, die Nationalsozialisten seien, wenn sich auch Bayern, Baden und die übrigen Länder gegen alles stemmten, was vom Reich ausgehe, die Garantien für die Einheit von Reich und Volk. Saubere Garantien, die es fertiggebracht haben, die Mainlinie in Deutschland wieder sichtbar werden zu lassen! Die Mainlinie ist wieder da. Daran ändern alle grosspurigen Redensarten der Nazis - auch der Nazis in einigen antiultramontan-nationalsozialist eingestellten Bezirken Nordbayerns absolut nichts. Man täusche sich nicht über die furchtbare Erbitterung, die heute im katholischen Bayern gegenüber dem politischen Spiel der Hitlerbarone herrscht. Die Massen, die im deutschen Süden und vor allem in Bayern Hindenburg gewählt haben, fühlen sich angesichts des Hitlerkurses im Reich getäuscht und betrogen.

Verwüstend hat der Hitlerkurs aber nicht nur national, sondern auch sozial gewirkt. Die Klassengegensätze sind heute in Deutschland abgrundtief aufgerissen, so tief, dass jedem ehrlichen Patrioten vor der Zukunft bangen muss. Es ist bezeichnend, wenn sogar ein Blatt wie die "Kölnische Zeitung", d.h. ein führendes Organ der Schwerindustrie - jetzt, nachdem die Dinge einen unheilvollen Lauf genommen haben - beschwörend, warnend und mahnend erklärt: "Mit voller Schärfe wird man diejenigen zurückweisen müssen, die jetzt Sozialdemokratie und staatsfeindlichen Kommunismus in einen Topf zu werfen beginnen; das ist ein Verbrechen am deutschen Volk. Denn wenn auch heute beide, Nationalsozialismus und Linkssozialismus, glauben mögen, nur über die Vernichtung des einen führe der Weg des anderen, so wagen wir es doch zu sagen, wie undenkbar es im Augenblick auch scheinen mag: nur wenn sich die Anhänger beider Gruppen als Deutsche wiederfinden, vermag Deutschland zu leben".

Wer hat die deutschen, sozialdemokratischen Arbeiter und ihre Führer seit

Jahr und Tag als Lumpen hingestellt? Wer sprach im Reichstag von den Deserteuren? Wer hat gerade jetzt im Wahlkampf seinen Angriff ausgerechnet auf die Haltung der Sozialdemokratie während des Zusammenbruchs am Kriegsende eingestellt? Doch niemand anderes als die sogenannten aufbauwilligen Kräfte Hitlers, die der Herr Reichswehrminister und der Herr Reichskanzler sich als Stützen ihres neuen politischen Kurses ausgesucht haben. Gewerkschaften und Sozialdemokratie waren im Sturmjahr des Zusammenbruchs, im Sturmjahr des Ruhrkampfes und der Inflation und in den letzten Hungerjahren, als Brüning seine Politik der Befreiung von den Reparationen durchführte, wohl nie aufbauwillige Kräfte? Der Eifer, mit dem die Nazis von den Herren des neuen politischen Kurses immer wieder fast als die Retter der Nation hingestellt werden, ist wirklich ein sehr unkluger Eifer. Ist die Sozialdemokratie, sind die Gewerkschaften in der Politik der letzten 14 Jahre nicht immer wieder bis an die Grenze der Selbstverleugnung gegangen? Warum ist denn in Deutschland der Kommunismus trotz der grenzenlosen Unfähigkeit seiner Führer immer wieder von neuem gross geworden? Doch nicht zuletzt, weil die Sozialdemokratie - im Interesse des Ganzen, im Interesse der Nation - infolge ihrer Aufbauwilligkeit recht oft eine sehr unpopuläre Politik gemacht oder mitgemacht hat. Hätten Sozialdemokratie und Gewerkschaften auch nur den millionsten Teil der Hemmungslosigkeit eines Hitler in sich, es gäbe in Deutschland keinen Hitler.

Aber alle Schuld rächt sich auf Erden. Die Machthaber von heute werden noch an den Sommer 1932 denken. In den Volksmassen lebt heute bereits das feste, bestimmte Gefühl, dass dieser Hitler wieder verschwinden wird, und vielleicht sieht das Volk klarer in die Zukunft als die von der Macht berauschten Herren der Stunde. Es ist ja so manches, was das Volksgemüt schon für den Ausgang des Krieges und die Inflationsjahre vorausgeahnt hat, eingetroffen. Wer wie die organisierte Arbeiterschaft trotz allem fest an Deutschlands Zukunft glaubt, weiss, dass Deutschland Hitler abschütteln wird. Nieder mit dem Gewaltteufel, dem Uniformterror, dem Blutrausch! Ein freies Deutschland! Wählt Liste 1!

SPD. Von den zur Arbeitsbeschaffung bereitgestellten 135 Millionen sollen, wie amtlich mitgeteilt wird, 60 Millionen beim Strassenbau, 50 Millionen beim Ausbau von Wasserstrassen und 25 für landwirtschaftliche Meliorationen Verwendung finden. Meliorationsdarlehen in Höhe von 2½ Millionen Mark sind durch die Deutsche Bodenkultur in den letzten Tagen bereits vergeben worden.

Man sieht: die Regierung der Hitlerbarone muss, wenn sie in der Arbeitsbeschaffung überhaupt einen Schritt unternehmen will, den von der Brüning-Regierung und den Gewerkschaften gewiesenen Weg gehen. Wie sagt Lessing? Es ist nicht alles Neue gut und nicht alles Gute neu.

SPD. Der Zeichenverband wird aller Voraussicht nach den Lohntarif im Ruhrbergbau auch jetzt nicht kündigen. Der Tarif würde damit einen Monat weiterlaufen.

Der Grund für die Nichtkündigung liegt in der ungeklärten politischen Lage. Aus dem gleichen Grund ruht auch zurzeit im Reichsarbeitsministerium fast die gesamte sozialpolitische Arbeit. Ein neues Zeichen, wieviel für die Arbeiter von den Wahlen abhängt.

Wirtschaft Technik Handel

Legende vom Marxismus.

SPD. Im Jahre 1878 erschien in Hannover ein kleines Schriftchen, das den Titel trug: "Wann kommt der Aufschwung?" Gemeint war damit der Wirtschaftsaufschwung. Auf den deutsch=französischen Krieg von 1870/71 folgte eine Zeit der Hochkonjunktur mit all ihren kapitalistischen Auswüchsen. Sie endete mit der furchtbaren Krise von 1878. Diese Krise wird in dem obenerwähnten Büchlein wie folgt charakterisiert:

"Noch nie war eine Handelskrise von so langer Dauer und so tief einschneidend in alle wirtschaftlichen Verhältnisse, gleichzeitig sämtliche Länder mit entwickeltem Verkehrsleben in Mitleidenschaft ziehend, wie die, in welcher wir uns gegenwärtig befinden. Durch die seit der Beendigung des Krieges eingetretene Bewegung war eine gründliche Umgestaltung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit vor sich gegangen. Die Folgen dieser Veränderung lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Zahl der Produktionsstätten und die Produktion selbst hatten eine bedeutende Zunahme erfahren, grösstenteils ohne Berücksichtigung des dauernden Konsums. Die Preise der Rohstoffe waren beächtlich gestiegen. Das Kreditwesen war in ungesunder Weise ausgedehnt worden. Diese Verhältnisse mussten ein schlechtes Ende nehmen. Unter dem Einfluss gestiegener Preise erfolgte die Erweiterung der Bauten und Neuanlagen zu sehr hohen Preisen und indem auf diese Weise bedeutende Kapitalien verausgabt wurden, die jetzt zum grossen Teil unproduktiv sind, wurden zugleich die älteren und konsolidierten Unternehmungen in eine Konkurrenz getrieben, unter welcher sie noch lange zu leiden haben werden. Alle Preise, Mieten usw., erreichten in kurzer Zeit eine noch nie gekannte Höhe. Die Direktoren der Aktiengesellschaften vermochten nur in seltenen Fällen das Geschick, die Beweglichkeit und Verantwortlichkeit des persönlichen Leiters, aus dessen Besitz industrielle Unternehmungen in Aktiengesellschaften übergegangen waren, zu ersetzen. Zu teurer Ankauf von Liegenschaften und Etablissements, ungenügende Ausrüstung mit Betriebsmitteln, übermässige Ausdehnung der Produktion, unzulängliche Kontrolle brachten bald zahlreiche Unternehmungen in eine bedenkliche Lage."

So wurde im Jahre 1878 die grosse Krise beschrieben, die der Hochkonjunktur nach dem deutsch=französischen Kriege ein Ende machte. Es ist die Beschreibung der kapitalistischen Krise überhaupt. Ueberspekulationen und Fehlinvestitionen tauchen auf, die Uebersteigerung der Preise, die Drosselung der Kaufkraft, die die Ueberproduktion nicht aufnehmen kann, Unzulänglichkeit der kapitalistischen Kreise des Konzernkapitalismus, das Fehlen jeder wirklichen Kontrolle."

Wenn man die gegenwärtige Wirtschaftskrise erklären will, dann braucht man nur auf die Zeilen zu verweisen, die im Jahre 1878 geschrieben worden sind. Damit sind die Wurzeln jeder kapitalistischen Krise aufgezeigt. Aus dem Gedanken heraus, der Menschheit diese kapitalistischen Wirtschaftskrisen zu ersparen, ist der Sozialismus, ist der Marxismus, sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften erst geboren worden.

In Deutschland gibt es seit Jahren eine Propaganda, die die Dinge einfach auf den Kopf stellt, und die behauptet, der Marxismus habe die Wirtschafts

krise verschuldet. Die Hitlerpartei hat diese Lügenpropaganda über das Land getragen, finanziert durch die schuldige Schwerindustrie.

Vor gut 50 Jahren gab es in Deutschland keine marxistische Arbeiterbewegung wie wir sie heute kennen. Nach den Behauptungen der Nazis hätte es damals auch keine Wirtschaftskrise geben dürfen, weil es eben keinen Marxismus und keine Marxisten gab. Das beweist wohl am besten den Betrug, den die Nazis mit der "marxistischen Wirtschaftskrise" treiben.

Das Tollste ist nun, dass das oben erwähnte Schriftchen von 1878 in der "Deutschen Bergwerkszeitung" zitiert wird, die jeden Tag versichert, der Marxismus und nicht der Kapitalismus, Sozialdemokratie und Gewerkschaften und nicht die kapitalistische Misswirtschaft, ihre Ueberspekulationen und Fehlinvestitionen hätten die Wirtschaftskrise herbeigeführt.

So wird Geschichte umgebogen. So entstehen Legenden. Gebt diesen Betrügern am Sonntag die richtige Antwort: Wählt marxistisch, wählt Liste 1.

SPD. Der Kampf verschiedener Fleischerorganisationen gegen die Schlachtsteuer in Preussen hat in den letzten Tagen eine Wendung genommen, die in weiten Kreisen aufgefallen ist. Als in Preussen noch die Weimarer Koalition regierte, tobte man mit allen Mitteln gegen die Schlachtsteuer, drohte man tagtäglich in den Fachzeitschriften, inszenierte Verkaufsstreiks u.s.w., obwohl die preussische Regierung auf ihre Zwangslage verwies und die Schlachtsteuer als vorübergehende Massnahme bezeichnete. Entsprechende Erklärungen haben ja auch die Vertreter der Weimarer Koalition, die Vertreter des Zentrums und der Sozialdemokratie im preussischen Staatsrat abgegeben.

Es fällt nun auf, dass es um die Schlachtsteuer bedenklich still wird, seitdem die alte preussische Regierung nicht mehr im Amte ist. So hört man jetzt z.B., dass der "Zentrale Abwehrausschuss alle an der Vieh- und Fleischwirtschaft beteiligter Organisationen" zusammengetreten sei und sich mit der Schlachtsteuer beschäftigt habe. Herausgekommen ist nichts dabei. Es wurde allerdings einstimmig beschlossen, gemeinsam mit den Hausfrauenorganisationen bei den zuständigen Ressorts in Preussen und im Reich die Beseitigung der Schlachtsteuer zu verlangen. Erforderlichenfalls werde der Hauptausschuss erneut zusammentreten.

Die Erklärung des Abwehrausschusses ist äusserst lahm. Es ist ja nun bekannt geworden, dass hinter dem Schlachtsteuerstreik in Berlin z.B. nationalsozialistische Drahtzieher steckten. Sollte diese ganze Abwehr überhaupt nur nationalsozialistischer Agitation gedient haben? Sollte man gegenüber dem Reichskommissar in Preussen nicht denselben Mannesmut aufbringen wie gegenüber der alten preussischen Regierung? Das hiesse die Schlachtsteuer verewigen. Die Betroffenen werden sich aber nicht mit diesem Spiel einverstanden erklären, sondern die politischen Agitatoren entlarven, indem sie am Sonntag unter keinen Umständen ihre Stimmen für Hitler und Konsorten abgeben.

SPD. Die Sozialdemokratie hat sich immer bemüht, die Massensteuern abzubauen und den Besitz und die grossen Einkommen steuerlich zu belasten. Die Hitlerbarone haben keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie einen andern Weg gehen werden. Ihr Ziel ist, Besitz und Einkommen zu entlasten und die Massensteuern zu erhöhen.

Das haben die Hitlerbarone bereits durch die Beschäftigtensteuer gezeigt. Fallen die Wahlen am Sonntag günstig für Hitler und Konsorten aus, dann wer-

den wir auf diesem Gebiet wohl das blaue Wunder erleben.

Die steuerliche Ungerechtigkeit der Hitlerbarone zeigt sich besonders darin, wie die Beschäftigtensteuer eingezogen wird. Nach den Durchführungsbestimmungen ist der Steuernanteil, der ja von den Krankenkassen eingezogen wird, nicht nach dem wirklichen Verdienst zu erheben, sondern nach einem Massstab (Lohnklassen, Mitgliederklassen, Grundlöhne), der für die Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge gilt. Bei vielen Arbeitern, bei Kurzarbeitern, bei Akkordarbeitern, bei Hausangestellten und vor allem bei Niedrigverdienern ergibt sich, dass sie so viel mehr Steuern zahlen als nach den Steuersätzen vorgesehen ist. Das kommt daher, weil man bei den Beitragsleistungen für die Sozialversicherung in der Regel mit einem festen Lohnsatz rechnet. Man legt jeweils eine untere und obere Verdienstgrenze fest. Nehmen wir z.B. einen Arbeiter an, der in der Kranken- oder Arbeitslosenversicherung in die Verdienstklasse von 24 bis 31 Mark eingestuft ist. Dieser Arbeiter ist nun Kurzarbeiter und verdient nur 15 Mark. Seine Beiträge zahlt er aber nach den Verdienstklassen. In diesem Falle lässt sich diese Berechnung nach der unteren oder oberen Verdienstgrenze noch unter Umständen rechtfertigen, weil sich ja die Versicherungsleistung danach richtet. Wenn man aber nach diesem Schema eine Steuer erhebt, dann wird der Arbeiter schamlos betrogen. Der Staat behält von dem Verdienst des Arbeiters einen Teil ein, auf das der Staat nach dem Steuergesetz keinen Anspruch hat. Geht die Steuerberechnung von einem angenommenen Lohnsatz aus, dann erhöht sich automatisch die Steuer. Das trifft für Millionen von Arbeitern zu. In der Praxis zahlen diese Arbeiter nicht 1½ % an Beschäftigtensteuern, sondern bis 4 und mehr Prozent. Sie, die als Kurzarbeiter nur 15 Mark verdienen, zahlen dieselben Steuern wie heute, die ein Monatseinkommen von 500 bis 700 Mark haben.

Das ist so die Steuergerechtigkeit der Nazis und der Hitlerbarone.

Die freien Gewerkschaften haben gegen diese Steuergerechtigkeit energisch Protest erhoben. Sie fordern eine Änderung des Einziehungsverfahrens, da dieses offenkundig im Widerspruch zum Gesetz steht. Die von den Nazis gestützte Papenregierung hat bis jetzt auf den Einspruch der Gewerkschaften nicht geantwortet.

Die Regierung der Papenheimer stellt sich taub. Das Volk hat am Sonntag dafür zu sorgen, dass diese Regierung wieder hören lernt. Deshalb muss am Sonntag, Liste 1, Sozialdemokraten, gewählt werden. Das Kreuz gehört in den Kreis hinter der Liste 1.

SPD. Die Folgen der unsinnigen Autarkiebestrebungen in Deutschland zeigen sich immer mehr und mehr. Im Monat Juni konnten z.B. nur rund 105 000 Paar Lederschuhe aus Deutschland exportiert werden. Das ist ein Rückgang von über 66 Prozent gegenüber dem Juni 1931 und ein Rückgang von fast 17 Prozent gegenüber Mai 1932. Die deutsche Ware stösst infolge unserer unverantwortlichen Handelspolitik im Auslande immer mehr auf Ablehnung. Nieder mit dem Autarkiewahnsinn der Nazis!

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 27. Juli. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 108, II. 98, abfallende Sorten 91 RM je 50 kg. Tendenz: stetig.

Kunst und Wissen

UNTERTHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 27. Juli 1932.

Der Schicksalsbrief.^x

Von Pierre Mariel.

SPD. Briseville ist nicht mehr vorhanden. Das kleine normannische Dorf, in dem ich meine Kinderjahre verlebt habe, ist verschwunden. Oder hat es sich nur verändert? Jedenfalls erkenne ich es nicht mehr. Wo ist der niedliche blumengeschmückte Bahnhof, der stets einer Spielzeugschachtel entnommen zu sein schien? Ein graues Backsteingebäude nimmt seinen Platz ein. Wo sind die Kastanienbäume längs des Bahnkörpers? Telegraphenstangen haben sie verdrängt.

Wie ein Eindringling komme ich mir vor. Das soll Briseville sein? Anstelle der strohbedeckten Bauernhäuser stehen Arbeiterbaracken. Wo früher Getreide wogte, dehnen sich Fabrikgebäude aus. Ihr schrilles, durchdringendes Pfeifen würde die Hühner und Gänse in steten Schreckenversetzen, wenn es hier noch Hühner und Gänse gäbe....

Ich will fliehen. Aber der nächste Zug nach Avreux geht erst in drei Stunden. Während ich weiter wandere, sehe ich zahlreiche Gesichter, von denen mir kein einziges bekannt ist. Erleichtert atme ich auf, als ich endlich nach einem Wäldchen gelange, das von der Industrialisierung verschont geblieben ist. Eine weisse Ziege blickt mich mit grossen, zweifelnden Augen an. An ihrem Hals hängt ein Strick. Eine alte Frau hält sein Ende. Aber? ... Nein, das ist doch nicht möglich. Und doch! Ich nähere mich. Ja, sie ist es, die gute alte Mutter Prévost. In Kindheitstagen schien sie mir schon steinalt zu sein. Jetzt mochte sie neunzig Jahre, vielleicht darüber, zählen. Mit zahnlosem Munde lächelt sie mir zu. Erkennt sie mich?

"Guten Tag, Mutter Prévost! Sie erinnern sich meiner noch?"

Mutter Prévost hält mir ihre Ohren entgegen. Sie hört vielleicht nichts mehr. Aber das scheint sie nicht zu bekümmern. Sie hat den glücklichen Gesichtsausdruck kluger Kinder am Anfang und am Ende des Lebens.

Die Ziege grast weiter. Die Alte sieht mich an. Ich sehe sie an. Ich bin sehr verlegen. Und doch bleibe ich. Mein altes Briseville ist doch nicht ganz tot, da ich Mutter Prévost wiedergefunden habe. Und sie nimmt, weil sie weiss, was sich schickt, die Unterhaltung mit dem unbekannten Herrn auf. "Mein Sohn, du hast dich da vor mir aufgepflanzt wie eine Telegraphenstange. Da bleibst du wohl? Du fragst dich: Was macht sie da, die gute Alte, stets an derselben Stelle, stets um dieselbe Stunde, jeden Tag, den ihr der Herrgott vergönnt? Nun, ich muss mich doch um meine Ziege kümmern."

Bald spricht sie nicht mehr zu mir, sondern mit sich selbst. "Das Leben ist keine lustige Sache, wenn man alt wird und allein ist. Die Kinder? Sind sehr weit weg. Vielleicht schon gestorben.. Aber ich bin nicht traurig... Hab' keine Zeit dazu: muss kochen, die Ziege auf die Wiese führen, Holz sammeln... Die Zeit vergeht. Und man zerstreut sich, so gut es geht. Schlag zwölf Uhr, wenn es von der Fabrik pfeift, komm' ich hierher. Du siehst, dass man von hier aus die ganze Strasse überblicken kann. Ich warte auf den Briefträger. Wenn er vorüberkommt, sagt er "Guten Tag, Mutter Prévost!" und geht weiter. Ich seh' ihm nach und denk' mir: "Vielleicht morgen!" Denn ich warte doch nicht auf Onésime, den Briefträger, sondern auf einen Brief. Lustig, nicht wahr?" Und ihr zahnloser Mund grinst. "Wer soll mir eigentlich schreiben? Niemand. Und doch warte ich immer. Das zerstreut einen, sage ich dir. Wenn ich zuviel nachdenken muss, sag' ich mir: "Vielleicht kommt ein Brief..."

Von wem? Ich weiss nicht. Aber wenn ich einen Brief bekäme, wüsste ich, dass noch jemand an mich denkt. Und das würde mir gut tun. Alte Leute haben ihre Schrullen...."

Ich verabschiedete mich.

Erst einige Wochen später führte ich mein Vorhaben aus. Könnte ich nicht auf diese mühelose Weise Mutter Prévost glücklich machen? Ich stellte mir ihr Lächeln vor, wenn der Briefträger ihr eines Tages statt des üblichen "Guten Tag!" zurufen würde: "Ein Brief ist für Sie da!"

Was in dem Briefe stand? Ein paar höfliche Redewendungen, mit denen ich sie meines Interesses für ihre Person zu versichern versuchte. Das schuldete ich ihr, der einzigen Zeugin meiner Kindheit!

Erst ein Jahr später hörte ich wieder von Mutter Prévost. Durch einen Zufall kam ich mit einem Ingenieur zusammen, der in der Briseviller Fabrik beschäftigt war. Ich fragte ihn, ob er Mutter Prévost kenne.

"Sie ist tot, die arme Alte", antwortete er mir. "Sie starb plötzlich wie eine Kerze, die man ausbläst. Sie bekam einen Brief und fing plötzlich zu zittern an. Sie hatte keine Zeit mehr, ihn zu öffnen. Der Briefträger konnte sie gerade noch in seinen Armen auffangen."

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von
Leo Korten.)

Die Glückszahl.

SPD. Der Handlungsgehilfe Friedrich Braunback, Verkäufer in der Filiale Neuenburg der Lebensmittelfirma Pfannkuch & Co., bekam eines Tages während der Mittagspause Besuch in sein möbliertes Zimmer. Ein Herr Ritter begehrte dringlich und fast stürmisch Einlass, da er Herrn Braunback in einer wichtigen persönlichen Angelegenheit zu sprechen habe. Mit allen Zeichen grosser Erregung betrat er das Zimmer. Erst nachdem er Platz genommen hatte, wurde er ruhiger und erklärte: "Ich bin staatlich zugelassener Lottereeinnehmer in Firma Glücksritter, Friedhofstrasse 7. Als solcher beschäftige ich mich sehr mit Zahlenmystik. Und ob Sie, verehrter Herr, von den geheimen Kräften und glückbringenden Eigenschaften der Zahlen etwas halten oder nicht, - glauben Sie mir ich habe damit schon Erfahrungen gemacht, die ans Wunderbare grenzen...."

"Und wenn schon," unterbrach ihn Herr Braunback etwas ungeduldig und sah nach der Uhr. In zwanzig Minuten musste er wieder im Geschäft sein, und zehn Minuten hatte er zu gehen. "Ich vermute, Sie sind nicht hierher gekommen um mir von Ihren Zahlenwundern zu erzählen."

"Moment, bitte!" antwortete der Lotteriemann hastig. "Ich komme schon zur Hauptsache. Wie ich also heute früh einen Pack Lose sortiere, fällt mir unversehens eins zu Boden. Ich hebe es auf und lese nebenbei die Nummer: 1330!"

"Meine Postschecknummer!" entfuhr es Herrn Braunback unwillkürlich. Seit Jahren unterhielt der Handlungsgehilfe nämlich sonderbarerweise ein Postscheckkonto. Nur er selber wusste, warum. Braunback fühlte sich als verkannter Künstler. Er malte in seiner freien Zeit; und die Bodenkammer seiner Zimmervermieterin war angefüllt mit Landschaften und Stilleben. Einmal während seiner Künstlerlaufbahn - es war schon lange her - hatte er sogar ein Bild verkauft. Und der Mäzen hatte ihn damals nach der Nummer seines Postscheckkontos gefragt, auf die er die Kaufsumme überweisen könne. Seit jener Zeit befand sich der Name "Friedrich Braunback" im Verzeichnis der Postscheckteilnehmer. Leider war jedoch der erhoffte Andrang von Kaufliebhabern ausgeblieben, und das Postscheckkonto führte aus diesem Grunde ein kümmerliches, umsatzloses Dasein.

Herr Ritter fuhr in seinen Ausführungen fort: "Ja, sehen Sie, und nun

kommt das Merkwürdige, der Fingerzeig übersinnlicher Zusammenhänge. An einer Ecke meines Schreibtisches lag das aufgeschlagene Verzeichnis der Postscheckkunden. Wie von ungefähr fiel mein Blick, als ich mich nach dem Los gebückt hatte und mich wieder aufrichtete, auf Ihren Namen und Ihre Nummer: 1330, Braunback, Friedrich, Kunstmaler."

Der Lotterieeeinnehmer hielt inne wie ein Redner, der eine wirkungsvolle Wendung gemacht hat und abwartet, bis der Beifall verbracht ist. Triumph im Blicke, sah er den Andern sieghaft an.

"Nun, und?" fragte Braunbak, bemüht, gleichgültig zu erscheinen.

Ritter musterte den unempfindlichen Menschen mitleidig und verächtlich. "Sie fragen noch? Fühlen Sie denn nicht, was dieser seltsame Vorfall zu bedeuten hat?! Mann Gottes, wer ein solches Los nicht spielt, der ist nicht wert, dass er jemals irdischer Glücksgüter teilhaftig wird. Bei dieser Losnummer treffen alle glücklichen Voraussetzungen und Umstände in geradezu idealer und einmaliger Weise zusammen. Beachten Sie auch die weiteren günstigen Zahlenkombinationen: 1330 ist durch die heilige Zahl 7 teilbar. Die Quersumme von 1330 ergibt wiederum sieben....."

Der junge Mann dämmte den begeisterten Redestrom des Zahlenmystikers ab. "Sagen Sie mir das eine: warum spielen Sie denn dann dieses Los nicht selber, wenn Sie so fest an dessen Erfolg glauben?!"

"Kindliche Frage!" entgegnete Ritter nun beinahe entrüstet. "Sie sind doch der Inhaber der Nummer. Nur Ihnen kann sie daher Glück bringen."

"Geben Sie her!" sagte Braunback, um den Mass los zu werden. "Ich muss ins Geschäft!"

+ + +

Jedem vernünftigen Denken und dem gesunden Menschenverstande zum Trotze behielt der Zahlenhokuspokus merkwürdigerweise diesmal recht: das Los gewann dreitausend Mark. Das Schicksal hatte sich einen schlechten Witz erlaubt und dem abergläubischen Zahlenglücksritter einen gewaltigen Triumph gegönnt.

Mit Sonne im Herzen und einer Menge Geld in der Tasche eilte Friedrich Braunback zu seiner Braut. Frida Zinke und ihr Vater nahmen am Glück des jungen Mannes lebhaften Anteil und entwickelten frohe Zukunfts-, beziehungsweise Heiratspläne.

Aber Braunback lenkte seine Schritte nicht in der Richtung weiter, die die Wünschen der Braut und des Schwiegervaters entsprach, sondern er beging eine kapitale Dummheit. Die sichere Stellung bei Pfannkuch & Co. gab er auf, mietet ein anderes Zimmer mit Atelier und liess sich dort als Kunstmaler nieder, fest entschlossen, berühmt zu werden. Fridas Vater schnaubte. "Das ist unverantwortlich. Eine Pflichtvergessenheit! Gar nicht dran zu denken, Frida, dass du diesen leichtsinnigen Menschen heiratest, der seine schöne Existenz aufs Spiel setzt, um einer brotlosen Kunst nachzugehen." Das arme Mädchen weinte und flehte den Verlobten an, nicht sich und sie ins Verderben zu stürzen. Aber der Bedauernswerte war nicht mehr zu halten. Der Glücksfall war ihm zu Kopfe gestiegen. Und das Schlimmste: der Zahlenaberglaube Ritters hatte ihn abgesteckt und artete zu einer verhängnisvollen Leidenschaft, zu einem verderblichen Wahn aus.

Braunback spielte in vier, fünf Lotterien, geriet in die Abgründe des Glücksspiels, wettete auf Pferde und Autos, kurz, ergriff jede Gelegenheit, um den langersehnten grossen Erfolg im Lotteriespiel des Lebens davonzutragen. Die Glückszahlen sollten ihm dazu verhelfen. Er machte die gewagtesten Zahlenzusammenstellungen und nützte jeden Zufall, jede Zahlenbegegnung zu einer Losglücksnummer aus. Seine Hausnummer wurde mit der Postschecknummer zusammengezählt; die Zahl 294, die irgendwo für die Länge einer Brücke angegeben war, dividierte er durch seine Schuhnummer: 42, und als die heilige Zahl sieben dabei herauskam, kaufte er ein Los mit der Nummer 294. Die Lebensjahre seiner Grossmutter zählte er mit den eigenen zusammen. Die Nummern von Eisenbahnwagen Hotelzimmern, Theaterkarten, Bücherkatalogen, Bezirksämtern, Wertpapieren, aber

auch Jahreszahlen, Geburtstage, Masse und Gewichte, - alles, alles musste zu den tollkühnen Spekulationen des Besessenen herhalten. Auf Schritt und Tritt wurde er von Zahlenvisionen geradezu überfallen. Doch es nützte alles nichts. Das Glück liess sich nicht mehr von ihm zwingen. Er verlor nach und nach seinen ersten und einzigen Gewinn wieder und seine Ersparnisse dazu.

Da traf er eines Tages mit einem Bekannten zusammen, der die fixe Idee des Spielers kannte und sich manchmal darüber lustig machte. "Nimm doch mal Los Nummer 9510! Das ist 7 mal 1330. Die Nummer wird dir Glück bringen."

"Ja, ich will es noch ein letztes Mal versuchen," erwiderte Braunback traurig und hoffnungslos und notierte sich die Nummer 9510.

Und siehe da: zum zweiten Male meinte es Fortuna gut mit ihm. Das Los trug einen Gewinn von 5000 Mark ein.

Aufgrund dieses neuesten Erfolges gelang ihm eine Versöhnung mit Braut und Schwiegervater. Aber eine harte Bedingung stellte Herr Zinke dem Abtrünnigen vor der Wiederaufnahme im Schoos der Familie: er dürfe nicht mehr spielen.

"Aber warum denn?" wandte Braunback ein. "Meine Glückszahlberechnung hat doch wieder einmal gestimmt?!"

"Durchaus nicht!" antwortete Herr Zinke. "Multipliziere mal 1330 richtig mit 7! Das ergibt nach Adam Riese 9310 und nicht die 9510 deiner Losnummer."

Friedrich machte ein langes Gesicht. "Tut nichts!" sagte er dann lachend. "Von meinem Zahlenfimmel bin ich dadurch zwar endgültig geheilt. Aber eine Glückszahl ist 9510 doch für mich. Sie hat mir 5000 Mark eingetragen und" - er umarmte fröhlich seine Braut - "mir meine Frida wiedergegeben."

Erich Kunter.

----- Das erste Atlantik-Kabel. -----

SPD. Am 5. August dieses Jahres sind 75 Jahre seit dem denkwürdigen Tage vergangen, als wagender Mut den ersten Versuch zur telegraphischen Ueberbrückung des Atlantischen Ozeanes unternahm. Was heute, nachdem wir auf diesem Gebiete die Erfahrung dreier Generationen auswerten können, kaum noch erwähnenswert erscheint, das war in den Tagen der jugendlichen elektrischen Nachrichten-technik ein ungeheures Wagnis. Wie ein spannendes technisches Drama mutet die Geschichte des ersten Atlantik-Kabels an. Es ist das Hohelied der trotzigsten Ausdauer, das Lieb vom endlichen Siege einer felsenfesten Ueberzeugung.

Der Siegeszug der elektrischen Telegraphie hatte auf dem Festlande begonnen. Morse, der geniale Maler, der an sich technische Talente entdeckt hatte, wagte auch als erster 1842 ein Kabel durch das Wasser zu legen, als er die Stadt New York mit ihrem Hafen auf diesem Wege verband. Das war schon ein grosser Erfolg. 1850 wurde England durch ein Kanalkabel mit dem Festlande verbunden. 1852 folgte das Kabel zwischen England und Irland. Aber alle diese Arbeiten bedeuteten wenig gegenüber dem Plane, den Atlantik zu überbrücken, dessen wechselnde Tiefen die Entfernung, die in der Luftlinie etwa 3000 Kilometer betrug, um nicht weniger als 750 Kilometer verlängerten. Damals gab es noch keine für den Zweck des Kabellegens gebauten Schiffe. Man hatte auch erst geringe Erfahrungen für die praktische Durchführung einer solchen Aufgabe, und schliesslich wusste niemand, wie sich ein solches Kabel im Betriebe bewähren würde.

Aber die Zeit war reif für diese Arbeit, und so fanden sich denn auch Männer, die das Wagnis in der Hoffnung auf künftigen Gewinn übernahmen. An ihrer Spitze stand der New Yorker Kaufmann Cyrus Field, der allen Misserfolgen die Stirn bot und dadurch den endlichen Erfolg erlangte. Nach langen Vorarbeiten an denen die amerikanische und die englische Regierung beteiligt waren, nachde

auch Morse die Möglichkeit der Durchführung des Planes zugegeben hatte, gründete Field in England die erste Atlantische Telegraphengesellschaft.

Das zu verlegende Kabel war mit der grössten Sorgfalt angefertigt worden. Seine Seele waren sieben mit Guttapercha isolierte Kupferdrähte, die zu ihrem weiteren Schutze mit Hanf, Pech und Stahldrähten umspinnen waren. Unter feierlichem Gepränge fuhren die Kabelschiffe, die England und Amerika gestellt hatten, am 5. August 1857 von der irischen Küste ab. Zunächst ging die Arbeit glatt vonstatten. Rund 600 Kilometer Kabel waren bereits ins Meer gesenkt worden, als das Kabel infolge einer durch hohen Wellengang hervorgerufenen plötzlichen Belastung riss. Alle Versuche, es wiederzufinden, schlugen fehl. Unverrichteter Dinge mussten die Schiffe von ihrer mit so grossen Erwartungen unternommenen Ausfahrt heimkehren. Rund 2 Millionen Mark waren unnütz vertan.

Trotz dieses Misserfolges wurde im Juni 1858 der zweite Versuch unternommen. Die Arbeit stand von vornherein unter einem Unstern. Die Schiffe kamen in einen lange anhaltenden Sturm, der Menschen und Ladung gefährdete. Diesmal sollten sich die beiden Kabelschiffe nach der Mitte des Ozeans begeben, das Kabel verbinden und dann, in entgegengesetzter Richtung fahrend, das Kabel ins Meer senken. Kurz nach dem Beginn der Arbeit riss das Kabel. Es wurde von neuem verbunden. Diesmal gelang es, 75 Meter Kabel auszulegen, ehe es zum Bruche kam. Beim dritten Versuche riss das Kabel nach einer Entfernung von 300 Kilometern. Allgemein war nach diesen unerhörten Misserfolgen die Entmutigung. Nur der Energie Fields war es zu danken, dass ein weiterer Versuch unternommen wurde, der dann auch nach mancherlei Fährnissen zum Ziele führte: Am 5. August 1858 - also auf den Tag genau ein Jahr nach dem Beginn der Arbeiten - wurde das Kabel an beiden Küsten, in Neufundland und in Irland, gelandet. Bald darauf jagte der elektrische Funke von Kontinent zu Kontinent. Die damaligen Staatsoberhäupter, die Königin Viktoria von England und der amerikanische Präsident Buchanan, tauschten die üblichen Glückwunschtelegramme aus. Die Öffentlichkeit überschlug sich in Lobeserhebungen. Ein neuer Triumph der Technik wurde gefeiert. Zu beiden Seiten des Ozeans arbeiteten die Telegraphisten. Europa und Amerika schienen auf ewig vereint zu sein.

Nach wenigen Wochen jedoch wurde der Strom im Kabel schwächer: Mangelhaft Betriebserfahrung hatte durch zu hohe Stromstärken die Isolierung des Kabels zerstört. Alles bis dahin Geleistete war vergeblich gewesen. Der amerikanische Bürgerkrieg verhinderte vorläufig weitere Arbeiten. Erst 1865 gelang es Field, eine neue Kabelgesellschaft ins Leben zu rufen. Diemal wurde der "Great Eastern" der damals mit seinen 27 000 Tonnen das grösste, aber auch das unwirtschaftlichste Schiff der Welt war, als Kabeldampfer gewählt. Der erste Versuch misslang, nachdem etwa 2000 Kilometer überwunden waren. Der zweite Versuch aber, der im nächsten Jahre folgte, brachte den endgültigen Erfolg. Seit dem 27. Juli 1866 sind Europa und Amerika ständig durch Kabel verbunden. Es gelang bald darauf auch, das gerissene Kabel des Jahres 1865 wiederzufinden und noch eine zweite Kabelverbindung herzustellen. Vor dem Weltkriege lagen im Atlantik 16 Kabel mit einer Gesamtlänge von rund 250 000 Kilometern. In unsern Tagen ist ja durch die Funktechnik auch noch die drahtlose telephonische Ueberbrückung des Atlantik gelungen. Mit Fug und Recht kann man sagen, dass die wirkliche Eroberung der Erde erst mit dem Augenblicke begonnen hat, als es gelungen war, den elektrischen Funken von Erdteil zu Erdteil zu jagen. Mit diesem Augenblicke hat in der Tat ein neues Zeitalter begonnen.

Willy Möbus.

SPD. Börsengespräch. ^x "Wie stehen Ihre Minerva-Aktien?"
"A la Coué. Täglich baisser und baisser."

Harfenjule und Moritat.^x

SPD. "In Paris, der Stadt der Sonne,
sass ein Blaubart fürchterlich.

Frauen mordete er mit Wonne,

Landru hiess der Wüterich..!"

(Lied einer Harfensängerin im Berliner
Norden. Aufgezeichnet im Frühjahr 1932

"Hei lewet noch!" - Harfenjule, Moritat und Bänkelsang! Trotz Jazzband, Zeittheater und tönender Wochenschau ist ein letzter, schäbiger Rest ferner Romantik in diesen Nachfahren alter Vaganten und Bänkelsänger auf uns gekommen. Heute noch singt in Berlin N. oder O. "Harfenjule" sentimentale Weisen vom gefrässigen Schwartenhals und von den Moritaten unsres technischen Jahrhundert. Allabendlich sieht man sie von Haus zu Haus, von Kneipe zu Kneipe hasten. Die Harfe über die Schultern gehängt, den Brotbeutel unter dem Arme, so wandert sie, hungert, singt und spielt in den Schifferkneipen, ein geisterhafter Schatte aus vergangenen Tagen.

Der Bänkelsang ist aus dem Volke selbst aufgestiegen und immer volkhaf geblieben. Im ausgehenden Mittelalter fand er seinen Höhepunkt. Die Masse des Volkes fasste nicht die zierlichen Versmasse und künstlichen Reimereien der Meistersinger und ihrer Vorgänger; sie entfernte sich mehr und mehr von ihnen und wollte auch späterhin von den geschwollenen, übertollen Gesängen Fürstendienstender Poeten des beginnenden Barock nichts wissen. Das Volk mochte keine adelige Kunst; es wollte lebendige und eigne Gegenwart. Gewiss, das Volk forderte auch die Minne in seinen Liedern, aber es wollte mehr von den Sängern: Zeitnähe! Freude, Trauer, Spott mussten in den Liedern keimen, die die Bänkelsänger vorzutragen hatten, deren Kraft weniger in einer wunderklaren Stimme als in den drastischen Unterstreichungen der Ereignisse lag. Was alltäglich geschah und bedrückte, was aber nirgends die Runde im Lande machen konnte, weil es an Verkehrsmitteln und Nachrichtenübermittlungen fehlte, das sangen die Bänkelsänger in den Dörfern, Klein- und Vorstädten der grossen Zentren allen mittelalterlichen Verkehrs. Krieg, "weit hinten in der Türkei", Mord, Feuersbrunst, Raub, Naturkatastrophen, Politisches und Spukhaftes, alles wurde besungen. Im heiseren Knittelverse rauhebeiniger Bänkelsänger spiegelte sich das gesamte Zeitergebnis wider. Die Bänkelsänger der Jahrmärkte, Messen und Kirchweihen waren gewissermassen die tönenden Wochenschauen ihres Jahrhunderts. Und waren auch noch mehr, wie Charles de Coster in seinem "Tyll Ulenspiegel" nachgewiesen hat.

Um die Wirkungen des gesungenen Wortes zu erhöhen, wurden Podium und Bildfolgen für die Reime ersonnen. Auf grob sinnliche Art illustrierten die Bilder, was sich "Graussliches" in der Welt und im Liede des Bänkelsängers zugetragen hatte. Die entsprechende Begleitmusik irgendeines blinden Fiedlers, Harfenmädchens oder Leierkastenmannes unterstrich das Dargebotene. Auf dem Höhepunkte seiner Wirkung war der Bänkelsang ein lohnendes Geschäft geworden, das seinen Meister redlich und gut ernährte. Die Moritatsänger bildeten bis weit in das vorige Jahrhundert hinein die Sensationen auf deutschen Jahrmärkten und Kirchweihen, und ihre bunten, freiwillig verabfolgten Bilderreihen machten Monatlang hinterher die Runde durch die umliegenden Dörfer und Verwandtschaft.

Von den wirklichen Liedern der Bänkelsänger hat sich nur Weniges erhalten. Sie sind kaum ernsthaft gesammelt worden. Am bekanntesten geblieben ist noch die "Moritat des Schumachers von Treuenbrietzen". Sie behandelt das Schicksal eines Schumachergesellen, der seine Liebste verführte und mit ihr die Dienstherrschaft bestahl. Als Sabinchen, die Liebste, Reue empfing, brachte der Schustergesell sie um. Dafür wurde er gehängt. Das Lied beginnt:

"Es kam einmal von Treuenbrietzen
Ein junger Mensch dahe.e.er,
Er wollte Sabinchen gern besitzen -
Er war ein Schuhmache.e.er!"

Sabine war ein Frauenzimme.er,
Sie war sehr tugendhaft.
Deshalb war zufrieden imme.er
Die reiche Dienstherrschaft..."

Dann leitet das Lied zur Tatschilderung über und endet mit der sogenannten, im Bänkellied oft und gern wiederkehrenden "Galgenmoral":

"Am Galgen hängt der Treuenbrietzene.e.er,
Gebrochen sein Genick,
Jetzt baumelt er am Galgen,
Der alte Galgenstrick!"

Drei Jahrhunderte hat der Bänkelsang unbeachtet und unerforscht überlebt. Er blühte dann als Parodie in den "unendlichen" Soldatenliedern und in den Knittelversen der süddeutschen Dörfler wieder auf und spukte in unser Jahrhundert hinein, in den Panoramen der Jahrmärkte und in den Hinterhöfen der Städte mit ihren eignen Musikanten.

Inzwischen hatte sich aber der Schwerpunkt des Bänkelsangs verschoben. Die Moritat, besonders die politische, wurde nicht mehr auf Jahrmärkten preisgegeben. Auf der grossen, ständigen Variétébühne hemächtigten sich ihrer die Humoristen und brachten sie zu neuer Blüte. Unvergessen bleibt wohl der Meister dieses Faches Otto Reutter, dessen Bilderbogensänge nach Art und Anlage nach Reim und Melodie, bewusst an die alten Bänkelsänger anknüpften. Und während noch einige Harfenjulen in den Vorstädten umherirren, wie die Gespenster verlorener Jahrhunderte, und mit der Armseligkeit ihres Repertoires kaum die allernotwendigsten Bettelpfennige erwerben können, feiert im kabarettistischen Song der alte Bänkelsang schon wieder fröhliche Urstände! - -

S.Richards.

Der Spielapparat.^x

SPD. Im Waschraum eines Hotels in Leipzig sagt der Mann, der die Handtücher verabreicht, zu mir: "Hammse unsern neuen Gasdn schon gesehen?"

"Was für einen Kasten?" frage ich.

"Da - den." Er deutet auf einen Spielapparat. "Wennse da ännen Groschen reinschdeggn und nachher dran drehen, da gommd ä Häufn Geld raus. Da gönnense mid einem Schlaache zwee Marg und dreissj Fennge verdienen."

"So." - Ich betrachte mir den Bajazzo-Apparat genauer.

"Ja. Das is ännne wunderbare Erfindung. Das gann ich nur jedem empfehlen. Das machd Schbass, wemmr da für einen Groschen zwee Marg und dreissj Fennge wiederbegommd. Ich bin ja nur ä armer Doaleddenwärder; ich gann mir ja solche Eggsberimende nich leisdn, Aber wer Geld had, der soll das nur browieren. Der Gann da ännne ganze Menge rausholen."

Ich drücke dem Manne zehn Pfennig in die Hand und sage: "Hier - anstatt das Geld in den Kasten zu stecken, gebe ich es Ihnen."

Der Mann betrachtet verblüfft den Groschen. Dann grinst er freudestrahlend: "Wennse man bloss alle so vernümflich wären wie Sie:.....!"

K.M.